



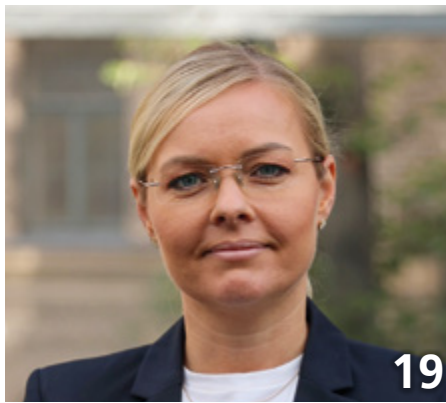
Warum wir über häusliche Gewalt sprechen müssen!

Ministerin Behrens im Interview s. 04



TITEL

- 04 HÄUSLICHE GEWALT**
Interview mit Ministerin Daniela Behrens
- 06 LKA NIEDERSACHSEN**
Gibt es mehr Gewalt in (ehemaligen) Partnerschaften?
- 08 FEMIZIDE IN DEUTSCHLAND**
Die erschreckende Gewalt gegen Frauen
- 09 POLIZEIDIREKTION HANNOVER**
Mit einer App das Schweigen durchbrechen
- 10 HOCHRISIKOMANAGEMENT**
„Schon lange ist häusliche Gewalt keine Privatsache mehr“
- 12 NETZWERK PRO BEWEIS**
Vertrauliche Spurensicherung für Betroffene nach häuslicher oder sexueller Gewalt
- 13 PSYCHOSOZIALE PROZESSBEGLEITUNG**
Unterstützung für Opfer in schwierigen Zeiten
- 14 INTERVIEW MIT TESSA BETHGE UND CHRISTIAN KIRSTEIN**
Spannungsfeld Sachbearbeitung im Kontext häusliche Gewalt
- 16 HERAUSFORDERUNG „HÄUSLICHE GEWALT“:**
Interdisziplinäre Ausbildung im Bachelor-Studiengang
- 17 NEUES FRAUENHAUS MIT NEUEM KONZEPT**
Mitten in Gifhorn
- 18 STAATSANWALTSCHAFT HANNOVER**
Interview mit Carl Philipp Ritter



TITEL

- 19 POLIZEIDIREKTION HANNOVER**
„Es ist unerlässlich, Einsatzkräfte zu sensibilisieren“
- 20 INTERVIEW-SERIE**
Auf eine Tasse mit Lydia Freienberg

NIEDERSACHSEN

- 21 EMPFANG DER LANDESREGIERUNG**
„Sie verdienen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger!“
- 22 DIESES ZIEL VERBINDET!**
Oldenburger Veranstaltung „Demokratie schützen – Hass bekämpfen“
- 23 INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT: CYBERCRIME**
Dienstreise zum OPCG – Meeting und Austausch mit Experten in Washington
- 24 AUSLANDSDIENST IN KROATIEN**
Teilnahme am Projekt „Safe Tourist Destination“
- 25 EU – KOMMISSARIATE**
Einsatz am „Ballermann“
- 26 10-JÄHRIGES JUBILÄUM DES STRATEGIEFORUMS**
Unter dem Motto „KRISENSICHER?!“
- 27 KOOPERATIONSVEREINBARUNG**
Demokratie stärken und Extremismus bekämpfen
- 28 EUROPÄISCHE SICHERHEIT**
Arbeitskreis II tagt bei Europol
- 29 „BUNDESWEITER AKTIONSTAG**
sicher.mobil.leben – Rücksicht im Blick
- 30 AUS „SAFIR“ WIRD „EFBS“**
Niedersachsen wechselt sein Fallbearbeitungssystem



NIEDERSACHSEN

- 31 GENERATION Z – Z WIE ZUKUNFT:**
Verstehen einer oft missverstandenen Generation
- 32 RECRUITING 2.0: OSNABRÜCK STARTET NEUES EVENT**
„Tough like a cop! Hast Du das Zeug dazu?“
- 33 PD OSNABRÜCK GEHT NEUE WEGE**
Virtuelle Berufsinformation
- 34 GAA-SPRENGUNGEN:**
Osnabrücker Fachtagung im Dreiländereck
- 35 NATIONALMANNSCHAFT DER POLIZEI**
Triumph im Mutterland des Fußballs
- 36 KRIMINALTECHNISCHES INSTITUT (KTI) DES LKA**
Spatenstich für den Neubau des KTI
- 37 LSBTIQ-ANSPRECHPERSONEN IN ALLEN POLIZEIDIREKTIONEN**
Achtzehn Menschen, ein Thema
- 38 POLIZEI NIEDERSACHSEN**
Einsatzkarte
- 40 POLIZEI-VETERANEN BLEIBEN AUF KURS.**
20. Oberstufenlehrgang, Start Oktober 1971
- 41 BLUTSPENDEAKTION IN DER PD LÜNEBURG**
Gemeinsam können wir Leben retten!
- 41 FERNFAHRERSTAMMTISCH**
Seit 20 Jahren an der A1

SPORT

- 42 POLIZEI NIEDERSACHSEN**
Sportrückblick

IMPRESSUM

proPOLIZEI XXXIII. Jahrgang

Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Lavesallee 6, 30169 Hannover

Verantwortlich:

Svenja Mischel, Vertreter: Oliver Grimm

Redaktion:

Oliver Grimm, Svenja Mischel, Pascal Will, Ulrike Trumtrar, Antje Westermann, Marco Ellermann, Henryk Niebuhr, Franziska Santhiralingam, Tarek Gibbah, Moritz Meyer, Soeke Heykes, Michael Bertram, Jonas Brockfeld

Anschrift der Redaktion:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Redaktion proPOLIZEI
Postfach 221, 30002 Hannover
Tel. 0511 120-6213 oder 0511 120-6024
Fax 0511 120-6555
E-Mail: propolizei@mi.niedersachsen.de

Layout:

Dirk Bindbeutel
Polizeiakademie Niedersachsen
Dezernat 20
Gimter Straße 10
34346 Hann. Münden

Druck:

updruck printmanufaktur
Am Frettholz 5, 31785 Hameln

Die proPOLIZEI erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus
6 mal im Jahr.

Rechtlicher Hinweis:

Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften/Beiträge (gegebenenfalls in gekürzter Form) zu veröffentlichen.



Präsident des Landeskriminalamtes Niedersachsen
Friedo de Vries

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gewalt in Partnerschaften findet insbesondere dort statt, wo man das Gegenteil erwarten sollte: zu Hause. 24.742 Fälle wurden 2022 in der Polizeilichen Kriminalstatistik registriert – 17.404 davon betrafen Frauen als Opfer. Nicht selten leben Kinder im Haushalt. Kinder, die früh Gewalterfahrungen sammeln, traumatisiert zurückbleiben und dadurch – das zeigt die Forschung – später anfälliger sind für Gewalterfahrung. Es ist erschütternde Realität, dass häusliche Gewalt nicht nur irgendwo in den vielen Gemeinschaften weltweit existiert, sondern auch hier bei uns in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundeskreis. Sie ist nicht auf bestimmte soziale Schichten, ethnische Gruppen oder Altersgruppen beschränkt.

Als Polizeibeamtinnen und -beamte sehen wir uns mit den verheerenden Auswirkungen von häuslicher Gewalt konfrontiert. Wir erleben, dass Opfer gefangen sind in einem Teufelskreis aus Angst, Scham, Hilflosigkeit und Abhängigkeiten. Dessen Beginn liegt oft lange zurück. Sieben Jahre, das wissen wir von Netzwerkpartnern, brauchen Frauen durchschnittlich, um sich endgültig aus toxischen Partnerschaften zu befreien. Sieben Jahre, in denen Frauen dauerhaft physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind – die aber selten zur Anzeige gebracht wird. Die Dunkelfeldstudie des LKA zeigt, unabhängig vom Geschlecht: Nur 0,5 Prozent aller Taten werden angezeigt, selbst körperliche Übergriffe nur zu sechs Prozent. Die Gründe? Relativierung, Scham, aber auch die Sorge, von der Polizei nicht ernst genommen zu werden.

Trotz unseren Anstrengungen und der gewachsenen Professionalisierung müssen wir uns dieses fehlende Vertrauen zu Herzen nehmen und Opfer ermutigen. Gewalt in (ehemaligen) Partnerschaften darf niemals als Privatsache wahrgenommen werden. Sie ist unter keinen Umständen gerechtfertigt oder zu entschuldigen. Unser Anspruch ist es, jede Anzeige ernst zu nehmen, den Opfern aufmerksam zuzuhören und sicherzustellen, dass sie die notwendige Unterstützung erhalten. Wir arbeiten eng mit der Justiz und anderen Institutionen zusammen. Unser Vorgehen folgt dem Leitgedanken: Opferschutz und Täterverfolgung!

Natürlich ist uns bewusst, dass die Bekämpfung häuslicher Gewalt nicht nur durch Strafverfolgung gelingen kann. Daher setzen wir uns auch aktiv für Präventionsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit ein. So wird häusliche Gewalt das Thema des LKA Symposiums 2024 sein. Zusätzlich wird eine Ausstellung „Herzschlag – wenn aus Liebe Gewalt wird“ vorbereitet.

Die Bekämpfung häuslicher Gewalt erfordert eine Anstrengung der gesamten Gesellschaft. Zusammen wollen wir Opfern helfen, Täter und Täterinnen zur Verantwortung ziehen und eine sicherere Zukunft für alle schaffen – auch zu Hause.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink that reads "Friedo de Vries".

Friedo de Vries



Innenministerin Daniela Behrens im Gespräch mit Pascal Will.

Foto: Jannes Schulz/MI

HÄUSLICHE GEWALT

Interview mit Ministerin Daniela Behrens

? *Frau Ministerin, wenn man sich Ihre Vita anschaut, haben Sie mit dem Thema häusliche Gewalt in verschiedenen Funktionen zu tun gehabt. Wie ist ihre Perspektive auf das Thema?*

Behrens: Sie haben Recht, das Thema treibt mich in unterschiedlichen Funktionen seit vielen Jahren um und es entsetzt mich immer wieder aufs Neue, wie viele Fälle Häuslicher Gewalt wir schon allein im Hellfeld bearbeiten müssen, wie immens groß darüber hinaus das

Dunkelfeld ist, welche physische und psychische Brutalität einzelnen Taten zugrunde liegt und wie schwer es trotz wirklich intensivster Bemühungen an allen möglichen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen ist, dieses Phänomens Herr zu werden.

Das aktuelle Lagebild zu Häuslicher Gewalt macht deutlich, dass die Anzahl der Opfer Häuslicher Gewalt in den letzten fünf Jahren deutlich angestiegen ist. Im Jahr 2022 waren bundesweit 240.547 Opfer zu beklagen.

Uns allen muss klar sein, wie viele Frauen leiden. Der gefährlichste Ort für sie ist das eigene Zuhause. Das finde ich unerträglich. Als Gesellschaft dürfen wir das nicht hinnehmen. Die erlebte häusliche Gewalt hat darüber hinaus nicht nur Auswirkungen auf die unmittelbar betroffene Person, sondern auch auf andere Familienmitglieder. Studien zeigen, dass Kinder die Gewalt häufig unmittelbar miterleben müssen. Dies kann erhebliche Folgen für die Weiterentwicklung des Kindes und auch für dessen eigene spätere lebenspartnerschaftliche Beziehungen haben.

? Welche gesellschaftlichen Faktoren tragen denn Ihrer Meinung nach zur Zunahme von häuslicher Gewalt bei, insbesondere in den letzten Jahren?

Behrens: Insbesondere die Corona-Pandemie und die damit zusammenhängenden Veränderungen des Zusammenlebens, beispielsweise durch Kontaktverbote und Quarantäne-Maßnahmen, aber auch geringere soziale Kontrolle durch das eigene Umfeld ließen das Konflikt- und Gewaltpotential in Beziehungen ansteigen. Auch die Energiekrise, massive Preissteigerungen und damit einhergehend geringere finanzielle Spielräume. Geldsorgen in den Familien haben weitere Konfliktpotenziale mit sich gebracht. Das alles sind Faktoren, die die Zunahme Häuslicher Gewalt begünstigen.

? Welchen Beitrag kann die Polizei aus ihrer Sicht leisten, um dem Problem zu begegnen?

Behrens: Auch die Polizei muss ihr Bewusstsein für die Wichtigkeit des gesamtgesellschaftlichen Zusammenwirkens bei der Bekämpfung dieses Phänomens dauerhaft weiter schärfen.

Die Aufklärung und Sensibilisierung von Betroffenen sowie ihres Unterstützungsumfeldes ist die Grundlage für die Inanspruchnahme von Hilfe- und Unterstützungsangeboten. Ebenso entscheidend ist, die Beratungsangebote und Hilfeeinrichtungen vor Ort bekannt zu machen und so die Hemmschwelle zu ihrer Inanspruchnahme zu senken.

Zur Aufklärung der Betroffenen und ihres Umfeldes trägt auch die Erstellung von Informationsmaterial und deren beständige Aktualisierung bei. Dieses erfolgt nicht nur auf den Dienststellen vor Ort, sondern wird auch auf Webseiten z. B. **www.polizei-beratung.de** und polizeilichen Social-Media-Kanälen zur Verfügung gestellt, sodass ein möglichst breiter und einfacher Zugang ermöglicht wird. Und natürlich ist es eine ganz zentrale Aufgabe der Polizei, Täter zu ermitteln und so weit wie irgend möglich dafür zu sorgen, dass sie ihre Opfer nicht weiter misshandeln.

? Können Sie konkrete Maßnahmen oder Programme vorstellen, die die Polizei in unserem Bundesland implementiert hat, um Opfer von häuslicher Gewalt besser zu schützen?

Behrens: Die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten gegen den Gewalttäter oder die Gewalttäterin, die enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Justiz, den Beratungseinrichtungen für Opfer und Täter bzw. Täterinnen und weiteren Netzwerkpartnerinnen und -partnern gegen Häusliche Gewalt sowie der kompetente und einfühlsame Umgang mit den Opfern sind die Grundvoraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung der Häuslichen Gewalt.

Im Dezember 2022 wurde in diesem Sinne die überarbeitete Handreichung für die Polizei zum Umgang mit Häuslicher Gewalt in Niedersachsen in mittlerweile dritter Fortschreibung in Kraft gesetzt. Mit der Umsetzung leistet unsere Polizei in Niedersachsen einen weiteren Beitrag zur Bekämpfung von Gewalt im Sinne der Istanbul Konvention. In der Handreichung findet sich erstmals auch ein Hochrisikofallmanagement, welches mit Veröffentlichung der Handreichung nunmehr sukzessive landesweit eingeführt wird. Darüber hinaus gibt es bei der Polizei Niedersachsen eine ganze Reihe von Projekten und Maßnahmen, die die gesellschaftliche Vernetzung fördern und dem Erreichen der geschilderten Ziele dienen.

? Welche Botschaft möchten Sie an die Bürgerinnen und Bürger senden, um das Bewusstsein für häusliche Gewalt zu schärfen?

Behrens: Mir ist ganz wichtig, immer wieder zu betonen, dass Häusliche Gewalt wirklich überall in unserer Gesellschaft vorkommt. Jede und jeder von uns kann davon unmittelbar oder auch nur mittelbar betroffen sein, weil Häusliche Gewalt beispielsweise bei den Nachbarn, Freunden, Bekannten oder Arbeitskollegen auftritt. Häusliche Gewalt kommt in allen Bildungs- und Einkommensschichten vor und existiert in allen Altersgruppen, Religionen und Kulturen.

Wir müssen aber auch das Verständnis dafür schärfen, dass Häusliche Gewalt in unterschiedlichsten Formen und Ausprägungen vorkommt und nicht nur als körperliche und sexuelle, sondern auch als psychische und wirtschaftliche Gewalt stattfinden kann. Häusliche Gewalt muss auch unbedingt geschlechtsunabhängig wahrgenommen und ernst genommen werden.

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache. Gewalt im Nahbereich darf als Problem weder verschwiegen noch bagatellisiert werden. Denn auch die Privatsphäre ist kein rechtsfreier Raum. Niemand hat ein Recht darauf, in seinen eigenen vier Wänden machen zu können, was er oder sie will, wenn es sich dabei um Straftaten handelt. Vielmehr haben alle Opfer ein Recht darauf, dass ihnen geholfen wird – auch wenn sie es selbst nicht können oder manchmal vielleicht nicht einmal erkennen oder wahrhaben wollen, dass sie Hilfe brauchen.

Deshalb lautet mein eindringlicher Appell: Seien Sie aufmerksam in Bezug auf Ihre Mitmenschen, sodass Warnsignale, beispielsweise unerklärliche Verletzungen oder soziale Isolation, frühzeitig erkannt werden können. Signalisieren Sie Hilfsbereitschaft, bieten Sie Unterstützung an und zeigen Sie Hilfsmöglichkeiten auf, ohne sich selbst dabei in Gefahr zu bringen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Pascal Will.

LANDESKRIMINALAMT NIEDERSACHSEN

Gibt es mehr Gewalt in (ehemaligen) Partnerschaften?

LKA Niedersachsen stellt Ergebnisse der Studie „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität 2021“ vor

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde zu deren Eindämmung eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen. Hierzu gehörten Kontaktbeschränkungen, Schul- und Kitaschließungen, eine weitgehende Verlagerung der Erwerbstätigkeit in den häuslichen Bereich sowie eine starke Reglementierung und Reduzierung von Freizeitangeboten.

Diese Maßnahmen hatten Einfluss auf die Infektionszahlen, aber auch auf das häusliche Zusammenleben. Menschen waren gezwungen, sich deutlich häufiger in den eigenen vier Wänden aufzuhalten, eventuell unter beengten räumlichen Verhältnissen. Auch ökonomische Aspekte wie drohender Verlust des Arbeitsplatzes bereiteten Sorge. Diese ausgewählten Beispiele machen deutlich, welchen Stressoren die Menschen während der Pandemie und insbesondere im Lockdown ausgesetzt waren.

Dies schürte Befürchtungen eines Anstiegs der Fälle von partnerschaftlicher und/oder häuslicher Gewalt, sodass die Wahl von „Gewalt in (ehemaligen) Partnerschaften“ als Sondermodul

der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ im Jahr 2021 angezeigt war. Die Befragung im sogenannten Dunkelfeld – dies bezeichnet jene Taten, die nicht zur Anzeige bei der Polizei gelangen – erlaubt es, in Ergänzung zu Statistiken wie der Polizeilichen Kriminalstatistik ein vollständigeres Bild der Kriminalitätslage zu zeichnen.

Im Rahmen des Sondermoduls wurden Viktimisierungserfahrungen in (ehemaligen) Partnerschaften im Jahr 2020 sowie etwaige Folgen und der Umgang mit Erlebnissen erfragt. Insgesamt lagen 17.503 auswertbare Fragebögen vor. Hier werden einige ausgewählte Ergebnisse präsentiert.

Alexander Gluba, Viktoria Bosold



Die detaillierten Berichte zur „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ sind auf der Homepage des LKA abrufbar unter: www.lka.niedersachsen.de



Die Studie

Durch das LKA werden seit 2013 regelmäßig insgesamt 40.000 zufällig ausgewählte Einwohnerinnen und Einwohner Niedersachsens ab 16 Jahren im Rahmen der „Befragung zu Sicherheit und Kriminalität“ zu ihrer Nachbarschaft, ihrem Sicherheitsempfinden, eigenen Kriminalitätserfahrungen und dem Umgang mit erlebten Taten sowie zur Bewertung der Polizei und ihrer Arbeit befragt. Diese Themen stehen in jeder Befragungswelle im Fokus. Zusätzlich dazu werden einmalig auch bestimmte Themen adressiert, die sich durch eine besondere Bedeutung für die Arbeit der Sicherheitsbehörden auszeichnen. Die Ergebnisse der Befragung sind nach Alter, Geschlecht und auf Ebene der Polizeidirektionen Niedersachsens repräsentativ. Durch die periodische Anlage erlaubt die Studie das Erkennen von Trends und Veränderungen über die Zeit und hat sich dadurch als eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Polizei Niedersachsen etabliert.

Inhalte der Sonderauswertung

Die Befragten sollten für insgesamt 13 verschiedene Taten im Jahr 2020 angeben, ob sie diese im Jahr 2020 in einer (ehemaligen) Partnerschaft erlebt haben. Die abgefragten Taten umfassen dabei psychische Gewalt, körperliche Gewalt, sexualisierte Gewalt und Stalking, also das unerwünschte Kontaktieren oder Aufsuchen.

Insgesamt gaben 5,7 % der Menschen an, mindestens eine der genannten Taten im Jahr 2020 erlebt zu haben. Am häufigsten wurden mit 5,1 % psychische Gewalterfahrungen angegeben. Körperliche (1,1 %) oder sexualisierte Gewalt (0,5 %) waren deutlich seltener. 1,5 % der Befragten hatten Stalking erfahren.

Dabei waren insgesamt mehr als drei Viertel (76,7 %) mehrfach betroffen. Dies kam insbesondere bei körperlicher Gewalt am häufigsten vor – hier sagten 96,8 % der Betroffenen, dass sie solche Taten mehrfach erlebt haben.

Alter und Geschlecht

Gewalt in Partnerschaften wurde mit 6,7 % häufiger von Frauen als von Männern berichtet. Dies galt für alle betrachteten Gewaltformen in Partnerschaften, vor allem aber für sexualisierte Gewalt, bei der Frauen mit einer Betroffenheit von 0,9 % eine neunmal höhere Betroffenheit als Männer berichteten. Aber auch ein nicht unerheblicher Anteil von Männern wurde Opfer von Gewalt in Partnerschaften (4,6 %).

Jüngere Menschen bis unter 35 Jahren gaben mit über 9 % deutlich häufiger als ältere Personen an, Partnerschaftsgewalt im Jahr 2020 erlebt zu haben. Insbesondere ab 65 Jahren berichteten nur noch wenige Prozent von entsprechenden Taten.

Anzeigeverhalten

Nur 0,5 % aller berichteten Taten im Zuge von Partnerschaftsgewalt wurden durch die Betroffenen bei der Polizei angezeigt – selbst körperliche Übergriffe nur zu 6 %!

Gründe für das Nichtanzeigen bestanden in der Ansicht, die Tat sei nicht so schwerwiegend (57,9 %), aber auch die Bewertung der Angelegenheit als Privatsache (50,2 %) oder der Wunsch nach Ruhe (31,0 %) spielten eine wesentliche Rolle. Auch gaben sich einige Betroffene eine Mitschuld an der Tat (20,4 %) und empfanden Scham (19,3 %). 14,5 % gaben an, Sorge davor zu haben, die Polizei würde sie nicht ernstnehmen. Mögliche Vorurteile oder schlechte Erfahrungen mit der Polizei hielten dagegen nur 6,0 % bzw. 4,7 % von einer Anzeige ab.

Weitere Erkenntnisse

- Die tatauübenden Personen waren in der Mehrzahl Männer (60,3 %).
- Bei nahezu zwei von drei Betroffenen spielte im Tatzusammenhang mit den Gewalterfahrungen innerhalb der Partnerschaft Alkohol- oder Rauschmittelkonsum keine Rolle. Immerhin 12,2 % gaben aber an, dass dies häufig oder immer der Fall ist.
- Die höchste Betroffenheit wurde durch Personen mit hoher und mittlerer Schulbildung angegeben (6,7 % bzw. 6,0 %). Menschen mit keiner oder niedriger schulischer Bildung berichteten dagegen deutlich weniger über erfahrene Gewalt in (ehemaligen) Partnerschaften (2,8 %).
- Menschen, die erwerbstätig sind, wiesen im Gegensatz zu nicht erwerbstätigen Personen, ein höheres Risiko auf, Partnerschaftsgewalt zu erfahren (6,9 % vs. 3,8 %).
- Auch die Anwesenheit von Kindern und Jugendlichen spielt eine Rolle. 7,9 % der Personen, die mit Minderjährigen in einem Haushalt wohnten, hatten 2020 eine Form von Partnerschaftsgewalt erfahren. Menschen ohne Kinder oder Jugendliche im Haushalt gaben zu 5,4 % an, Opfer von Partnerschaftsgewalt geworden zu sein.

Inanspruchnahme von Hilfe

Für Opfer von Partnerschaftsgewalt existieren diverse Möglichkeiten der professionellen Unterstützung. Jedoch nahmen insgesamt nur 13,0 % der Betroffenen diese Möglichkeit in Anspruch. Besonders relevant in diesem Zusammenhang war die psychologische Unterstützung, die eine von zehn hilfesuchenden Personen in Anspruch nahm, gefolgt von allgemeinen Beratungsstellen und sonstigen sozialen Einrichtungen.

FEMIZIDE IN DEUTSCHLAND

Die erschreckende Gewalt gegen Frauen

Tim Juraske ist Asienwissenschaftler, Türkeiwissenschaftler, Iranist, Arabist und Islamwissenschaftler im Landeskriminalamt Niedersachsen. Eines seiner Spezialgebiete sind Femizide. Für die proPOLIZEI hat er einen Gastbeitrag verfasst, benennt Ursachen und räumt mit Vorurteilen auf.

Weltweit besteht ein gesellschaftlich und sicherheitsbehördlich relevantes beunruhigendes Problem: Femizide. Dieser Begriff beschreibt die gezielte Tötung von Frauen, oft begleitet von extremer Gewalt und Brutalität. Femizide lassen sich weder religionisieren, noch ethnifizieren, sind jedoch in unterschiedliche Kategorien einteilbar: Es gibt sog. nicht-intime Femizide, z. B. im Kontext bewaffneter Konflikte als „Taktik“ zur Demoralisierung, Demütigung und Auslöschung sowie sog. intime Femizide, bei denen die Tötung z. B. seitens des Partners erfolgt. Auch wenn sich die

Tatmotivation in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht direkt widerspiegelt, wurden 2021 allein in Niedersachsen im Kontext partnerschaftlicher Gewalt 17 Tötungsdelikte und 29 versuchte Tötungen zum Nachteil von Frauen registriert.

Frauen, die in gewalttätigen Beziehungen gefangen sind, haben oft Angst vor den Konsequenzen einer Anzeige oder vor fehlender Unterstützung. Soziale und/oder ökonomische sowie juristische Hürden können es ihnen erschweren, Hilfe zu suchen und/oder sie zu bekommen.

Auch in Industrienationen, in denen geschlechtsspezifische Ungleichheiten zumindest juristisch mehrheitlich keine Rolle mehr spielen, können gerade bei Migrations- bzw. Fluchtbiographien Barrieren (z. B. Sprache, Informationsdefizite) ein Hindernis sein. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass Gewalt in Partnerschaften nur sozial benachteiligte, **Frauen mit Migrationsbiographie betrifft – Gewalt gegen Frauen kennt keine sozialen und keine geographischen Grenzen.**



Foto: Tim Juraske



Foto: Paula Bierwagen

Tim Juraske, Landeskriminalamt Niedersachsen

Femizide sind ein komplexes Problem, das auf tief verwurzelte Geschlechterungleichheiten und Diskriminierung zurückzuführen ist. Global – und auch in Deutschland – werden Frauen z. T. als Besitz angesehen und in vielen Gesellschaften noch immer sozial unterdrückt. Die gesellschaftliche Situation wird in manchen Staaten zudem durch juristische Ungleichheit (mindestens im Zivilrecht) verstärkt. Echtes Empowerment ist für Frauen global betrachtet also keine Realität.

Die nachhaltige Bekämpfung von Femiziden geht uns als Zivilgesellschaft etwas an, aber auch uns als Polizei – und die Justiz. Polizei und Justiz stehen allein schon durch ihre Begrifflichkeiten vor unterschiedlichen Ausgangsbedingungen: Opfer und Tatbegehende (Polizei), Zeuginnen und Zeugen (Justiz). Auch die Wahrnehmung von Opfern und Tatbegehenden als „Geschädigte“ und „Beschuldigte“ seitens der Staatsanwaltschaften bedeutet andere Ausgangsbedingungen

als für die fallaufnehmende Polizei. Letztlich bestehen an den Schnittstellen von Polizei und Justiz bisweilen Situationen, die im Kontext häuslicher Gewalt und der Gefahr von Femiziden einer lückenlosen Interventionsmöglichkeit im Weg stehen. Dies wird sich nicht auflösen lassen, allerdings ist das Bewusstsein über diese unterschiedlichen Ausgangslagen enorm wichtig, um in konstruktivem Austausch zu bleiben.

Tim Juraske

FEMIZIDE

Fast jeden dritten Tag stirbt eine Frau in Deutschland – ermordet von ihrem Partner oder Ex-Partner (Stand 2022). Laut den Vereinten Nationen passierten 2021 weltweit fünf Femizide pro Stunde. Für 2021 sprechen die Vereinten Nationen von mindestens 45.000 Frauen pro Jahr, die aufgrund von toxischer Maskulinität, Sexismus, Unterdrückung und Gewalt ihr Leben verlieren. Die tatsächlichen Fallzahlen aber werden wesentlich höher eingeschätzt, da viele Fälle von Femiziden nicht gemeldet und/oder falsch klassifiziert werden. Allein für Deutschland gab die Bundesfrauenministerin Ende 2022 bekannt: „Jede Stunde erleiden durchschnittlich dreizehn Frauen Gewalt in der Partnerschaft.“

POLIZEIDIREKTION HANNOVER

Mit einer App das Schweigen durchbrechen

Dank digitaler Unterstützung können Betroffene häuslicher Gewalt Infos zu Anlaufstellen und Angeboten sowie Hilfe in akuten Notsituationen erhalten.

Studien zufolge erfährt jede vierte Frau in Deutschland im Laufe ihres Lebens häusliche Gewalt. Die Betroffenen sind sich aber oft unsicher, ob die eigenen Erfahrungen und das Erlebte tatsächlich häuslicher Gewalt zuzuordnen sind. Scham, Unwissenheit und Überforderung, in zum Teil hochskalativen Situationen, stellen weitere Herausforderungen dar, eine Gewaltpirale zu durchbrechen und einen Zugang zum Hilfesystem zu finden.

Auch daran wird deutlich, dass die Bekämpfung häuslicher Gewalt eine gesamtgesellschaftliche und ressortübergreifende Aufgabe ist. Es sind daher auch niedrigschwellige Zugänge für Gewaltopfer zu prüfen bzw. zu schaffen.

Der Polizei kommt als ersteinstreitende Instanz im Hinblick auf den Kontakt zu den Betroffenen und die sich anschließenden Maßnahmen eine besondere Rolle zu.

Aus diesem Grund begleitet die Polizeidirektion Hannover als eine von mehreren Kooperationspartnern des Vereins „Gewaltfrei in die Zukunft e.V.“ die Entwicklung und Erprobung einer App, insbesondere auf der praktischen Arbeitsebene. Ziel der App ist die Aufklärung über häusliche Gewalt, um damit zur Entstigmatisierung und Enttabuisierung beizutragen. Außerdem sollen gewaltbetroffene erwachsene Frauen bestärkt werden, selbst initiiert Hilfe zu suchen und somit den Zugang in das bestehende

Hilfesystem zu erleichtern. Als weitere Funktion der App ist eine gerichtsverwertbare Dokumentation von Übergriffen implementiert.

Die Verbreitung der App erfolgt über verschiedene Distributionskanäle. Der Start im Testbetrieb erfolgte im Juni 2022 im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Hannover als Pilotstandort.

Seit dem 1. Oktober 2023 und bis Ende 2026 fördert das Bundesinnenministerium laut eigenen Angaben die App mit 3,7 Millionen Euro, damit sie künftig in fünf Bundesländern für Betroffene häuslicher Gewalt nutzbar sein wird.

Sina Petz

HOCHRISIKOMANAGEMENT

„Schon lange ist häusliche Gewalt keine Privatsache mehr“

„Als Polizei wollen wir Gefährder identifizieren und mit konsequenten und abgestimmten Maßnahmen Straftaten verhindern. Gleichzeitig haben wir in der Polizeidirektion Braunschweig mit dem Konzept der interdisziplinären Koordinierungsstelle ‚Häusliche Gewalt‘ ein Hilfesystem etabliert, auf das sich Opfer in Not verlassen können. Denn der Umgang von Fällen extremer Gewalt in Partnerschaften stellt nicht nur die Polizei vor Herausforderungen.

Es ist ein Zusammenwirken verschiedener Institutionen erforderlich, bei der jede ihre verantwortliche Rolle hat.“ – Roger Fladung, Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Braunschweig, zu Hochrisikomanagement und der interdisziplinären Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt (iKOST HG).

Gemäß der Istanbul-Konvention haben sich die Vertragsstaaten – darunter Deutschland – verpflichtet, (häusliche) Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Prävention zu betreiben. Diese Forderungen haben maßgeblich dazu beigetragen in Niedersachsen flächen-

deckend, einen verbindlichen Umgang mit Fällen von häuslicher Gewalt, insbesondere aber ein vernetztes Vorgehen mit anderen Institutionen zu schaffen, um bestehende Handlungs- und Interventionsansätze zu optimieren.

Polizeivizepräsident Roger Fladung





Interdisziplinäre Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt

für die Region Braunschweig

Seit Dezember 2022 ist das zuvor in der Polizeidirektion Braunschweig durch eine Pilotphase erprobte Hochrisikomanagement der Polizei in ganz Niedersachsen eingeführt.

Im Rahmen des Hochrisikomanagements werden die Fälle, bei der eine konkrete Gefahr einer Tötung des Opfers besteht, identifiziert, bewertet und entsprechende Maßnahmen getroffen, um die Situation für das Opfer zu entschärfen.

Zur Unterstützung der Bewertung von Fällen häuslicher Gewalt wurde die „Danger Assessment Scale“ (Checkliste) landesweit eingeführt. Im Rahmen der Sachverhaltsaufnahme soll die „Danger Assessment Scale“ gemeinsam mit dem Opfer ausgefüllt werden, um so gezielte Hinweise für das Vorliegen eines Hochrisikofalls zu erlangen.

Wurde ein Sachverhalt als Hochrisikofall identifiziert, ist neben den gefahrenabwehrrechtlichen sowie strafprozessualen Maßnahmen, die durch die Polizei getroffen werden, ein interdisziplinäres und abgestimmtes Vorgehen mit Netzwerkpartnern erforderlich, um das Opfer zu schützen.

Einen Hochrisikofall zu managen, ist eine ganzheitliche Aufgabe, welche die Polizei nicht alleine bewältigen kann.

Um dieses koordiniert und abgestimmt zu ermöglichen, werden Fallkonferenzen mit festgelegten Netzwerkpartnern einberufen. Diese bestehen zumeist aus Teilnehmenden der Staatsanwaltschaft, der Frauenberatung oder des Frauenhauses, dem Jugendamt, der Opferhilfe, der Täterberatung, aber auch Ärztinnen

und Ärzten. Weitere Akteure sind denkbar. Gemeinsam wird ein Maßnahmenplan zum Schutz des Opfers entworfen, bei dem jeder und jede Teilnehmende die Aufgaben für seinen Bereich eigenständig wahrnimmt. Durch diese Zusammenarbeit sollen dem Opfer adressatengerechte Hilfs- und Unterstützungsangebote gemacht werden können, um die Gefahr abzuwenden.

Gerade ein erfolgreiches, interdisziplinäres Zusammenspiel ist entscheidend für den wirkungsvollen Schutz und die Unterstützung des Opfers.

Deshalb fand in den letzten Jahren eine überregionale Vernetzung der Arbeitskreise, Netzwerke und Institutionen statt.

Neue Partner, die vorab nicht in den Gremien und Netzwerken vertreten waren, wurden zur Mitwirkung und Beteiligung gewonnen und im Netzwerk integriert (wie z.B. Ärzteschaft, Schulbehörde). So sind derzeit 52 Partner in der iKOST HG im Bereich der PD Braunschweig vertreten.

Durch die interdisziplinären Bestrebungen und initiierten Gespräche mit der Politik sind zwei neue Täterberatungsstellen in der Region Braunschweig ins Leben gerufen worden.

Die Arbeitsprozesse der einzelnen Institutionen wurden durch die immer wiederkehrenden Sitzungen des Fachgremiums und Projektgruppen sowie die engere Zusammenarbeit deutlich transparenter.

Interdisziplinäre Fortbildungen für die Kooperationspartner unter anderem zu den Themen Netzwerkarbeit und Bedro-

hungsmanagement sowie berufsgruppen-spezifische Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulleitungen, Schulsozialarbeit sowie die Ärzteschaft und Pflegepersonal in medizinischen Einrichtungen führten zu einer Erhöhung des Qualitätsstandards sowie einem besseren professionelleren und zielführenderen Umgang mit den Betroffenen.

Neue Arbeitsprozesse (z. B. interdisziplinär im Hochrisikomanagement) wurden erarbeitet und etabliert, bestehende Prozesse wurden optimiert.

Neue Themen in Bezug auf das Phänomen Häusliche Gewalt wurden erhoben und bearbeitet. Dadurch sind neue Herausforderungen, so z. B. der Umgang mit psychisch Kranken, erkannt worden. Impulse wurden auch für überregionale Präventionsstrukturen gegeben, so das bundesweite Projekte am Beispiel der Stadt Braunschweig ins Leben gerufen worden sind.

Roger Fladung abschließend:

„Insgesamt erfährt die Region eine Stärkung durch die Verknüpfung der unterschiedlichen Zuständigkeiten und einer engeren Zusammenarbeit nach dem Grundsatz des Erkennens und Nutzens über die Möglichkeiten und Grenzen der jeweils anderen Institutionen hinaus und dem direkten Austausch im Rahmen der datenschutzrechtlichen Möglichkeiten, u. a. auch durch die Erarbeitung einer Handreichung zum Thema Datenschutz in Fällen Häuslicher Gewalt.“



Vertrauliche Spurensicherung für Betroffene nach häuslicher oder sexueller Gewalt

Seit 2012 gibt es in Niedersachsen das Netzwerk ProBeweis, das mit seinen Partnerkliniken einwilligungsfähigen Betroffenen von häuslicher oder sexueller Gewalt niedrigschwellig Hilfe bietet.

Sollten Betroffene nach erlebter Gewalt noch nicht in der Lage sein, Anzeige zu erstatten, so unterstützen sie die 46 Untersuchungsstellen vom Netzwerk ProBeweis mit einer vertraulichen Beweisdokumentation und Spurensicherung. Bei einer etwaigen späteren Anzeige und nach Entbindung von der Schweigepflicht können die Ermittlungsbehörden dann auf diese Beweismittel zugreifen.

Das Netzwerk ProBeweis wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung und koordiniert vom Institut für Rechtsmedizin der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) unter der Leitung von Professorin Anette S. Debertin. Für die vertraulichen Spurensicherungen stehen eigene ProBeweis-Kits zur Verfügung, die konform mit den Materialien des Landeskriminalamts Niedersachsen sind. Die Untersuchungen finden in den Partnerkliniken oder im Institut für Rechtsmedizin der MHH statt, von wo aus auch die in den Kliniken tätigen Ärztinnen und Ärzte regelmäßig in gerichtsverwertbarer Verletzungsbegutachtung und Spurensicherung sowie den Umgang mit den Kits geschult

werden. Die Beweismittel werden nach der Untersuchung zugriffssicher im Institut für Rechtsmedizin bis zu einer etwaigen Abforderung und unter Einhaltung der Beweissicherungskette mindestens drei Jahre aufbewahrt. Das Angebot ist für die Betroffenen kostenlos und die Untersuchungen finden unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht statt.

Insgesamt wurden bereits über 1700 Untersuchungen durch das Netzwerk ProBeweis durchgeführt. Wenn im Nachgang von den Betroffenen Anzeige erstattet wird, kann die Polizei die Beweismittel untersuchen lassen und die Rechtsmedizin mit einem prozessrelevanten Gutachten beauftragen. Mögliche Beweise werden gesichert bevor sie nicht mehr sichtbar sind und so wird den Betroffenen Zeit verschafft.

Ab dem 01.01.2024 wird Niedersachsen derzeit zudem das erste Bundesland sein, bei dem sich die gesetzlichen Krankenkassen an der Finanzierung der vertraulichen Spurensicherung beteiligen. Die Untersuchten bleiben gegenüber den Krankenkassen weiterhin anonym.

Sarah Stockhausen

Netzwerk ProBeweis

- ▶ **Zielgruppe: Einwilligungsfähige Betroffene von häuslicher oder sexueller Gewalt**
- ▶ **Niedersachsenweit Partnerkliniken mit rechtsmedizinisch geschulten Ärztinnen und Ärzten**
- ▶ **Vertrauliche Beweisdokumentation und Spurensicherung**
- ▶ **Abforderung der Beweismittel durch Ermittlungsbehörden nach Anzeige möglich**
- ▶ **Weitere Informationen: www.probeweis.de**



Koordination und Kontakt:

**Medizinische Hochschule Hannover
Institut für Rechtsmedizin
Netzwerk ProBeweis**
Carl-Neuberg-Straße 1 | 30625 Hannover
T. 0511 532-4599





SPUREN SICHERN – BEVOR SIE NICHT MEHR SICHTBAR SIND!

Netzwerk ProBeweis:
Prof. Anette Debertin (li) und
Ärztin Sarah Stockhausen im
Institut für Rechtsmedizin an
der Hochschule Hannover.

Foto: ProBeweis

PSYCHOSOZIALE PROZESSBEGLEITUNG

Unterstützung für Opfer in schwierigen Zeiten

Während Straftaten aus polizeilicher Sicht Alltag sind, sind sie für Opfer z. T. hoch-emotionale Ausnahmesituationen. Daraus können sich Probleme in der polizeilichen Ermittlungsarbeit ergeben: Traumatisierte und psychisch angegriffene Opfer sind häufig nicht in der Lage, als glaubwürdige und zuverlässige Zeugen an Strafverfahren mitzuwirken. Um Opfer zu stabilisieren und die Verarbeitung der Straftaten zu unterstützen, gibt es die im §406g StPO normierte psychosoziale Prozessbegleitung.

Dabei erfolgt die Betreuung durch qualifizierte Fachkräfte. Die psychosozialen Prozessbegleitenden vermitteln umfassende Informationen zum Ablauf eines Ermittlungs- und Strafverfahrens sowie zu den Rechten und Pflichten von Zeuginnen und Zeugen. Sie verfügen über ein Netzwerk an Unterstützungsmöglichkeiten für verschiedenste Zielgruppen und arbeiten mit anderen im Verfahren tätigen Professionen zusammen. Auch bei der Bearbeitung alltagsbezogener Problemlagen leisten sie Unterstützung. Im besten Falle kann die psychosoziale Prozessbeglei-

tung bereits vor einer Anzeigeerstattung in Anspruch genommen werden. Mit den Verletzten werden jedoch keine Gespräche über den zur Verhandlung stehenden Sachverhalt geführt. Psychosoziale Prozessbegleitung ist weder eine juristische Vertretung oder Beratung noch Psychotherapie.

In Niedersachsen gilt die Unterstützung unabhängig von Delikt und Alter. Ein kostenfreies Angebot wird auch in Fällen ermöglicht, die nicht beordnungsfähig sind. Opferunterstützungseinrichtungen,

die die psychosoziale Prozessbegleitung im Land vorhalten, erhalten in diesen Fällen eine Förderung vom Justizministerium. In jedem Fall ist durch die Opferzeugen oder deren Sorgeberechtigten ein Antrag zu stellen. Dieser Antrag kann bereits im Ermittlungsverfahren formlos beim zuständigen Gericht gestellt werden. Sollte ein Antrag bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft eingereicht werden, so ist dieser an das zuständige Gericht weiterzuleiten.

Antje Westermann, Andrea Sieverding



Weitere Informationen

Haupt-Wiki Opferschutz in null1|5:

<https://intra.psn.polizei.niedersachsen.de/psn-wiki/show/981>



Koordinierende Stelle der psychosozialen Prozessbegleitung in Niedersachsen:

<https://justizportal.niedersachsen.de/Prozessbegleitung/psychosoziale-prozessbegleitung-in-niedersachsen-160951.html>

Unter diesem Link findet sich auch ein Verzeichnis mit allen niedersächsischen Ansprechstellen.

INTERVIEW MIT TESSA BETHGE UND CHRISTIAN KIRSTEIN

Spannungsfeld Sachbearbeitung im Kontext häusliche Gewalt

Immer wieder neue Bearbeitungshinweise, rechtliche Änderungen oder auch neue Kolleginnen und Kollegen durch Personalwechsel in der Sachbearbeitung. Veränderungen, welche im wichtigen und arbeitsintensiven Bereich der Häuslichen Gewalt nach einer Beständigkeit rufen.

So hat sich auch hier das Konzept der Multiplikatoren und Koordinatoren, die Themen innerhalb der Organisation weitertragen, bewährt. Mit Tessa Bethge und Christian Kirstein habe ich mit einer solchen Koordinatorin und einem solchen Multiplikator gesprochen.

? Erzählt mir doch zunächst einmal, wer ihr beide seid und wieso genau ihr beide heute hier sitzt.

Tessa: Hallo, ich bin Tessa Bethke und arbeite im ersten Fachkommissariat in Wolfsburg. Hier bearbeite ich neben den klassischen Fällen häuslicher Gewalt auch Sexualdelikte, insbesondere im familiären Kontext. Zudem bin ich für die PI Wolfsburg/Helmstedt die stellvertretende Koordinatorin Häusliche Gewalt.

Christian: Ich bin Christian Kirstein und arbeite im Einsatz- und Streifendienst in der PI Wolfsburg/Helmstedt und bin Multiplikator in meiner Dienstabteilung für das Thema häusliche Gewalt.

? Was sind Eure Aufgaben als Koordinatorin bzw. als Multiplikator?

Tessa: Als stellvertretende Koordinatorin halte ich mit meiner Kollegin zusammen den Austausch mit dem Dezernat 11 der Behörde und beschule unsere Multis bei

Änderungen oder neuen Verfahrensweisen zum Thema Häusliche Gewalt. Wir sind auch diejenigen, die an größeren Besprechungen oder Tagungen teilnehmen.

Christian: Wünschenswert wäre es, wenn es pro Dienstabteilung zwei Multiplikatoren geben würde, das ist durch knappes Personal, aber auch durch die Fluktuation, nicht immer umsetzbar. Ich bin zurzeit alleine in meiner Dienstabteilung und gebe hier die Infos oder Hinweise, die ich von Tessa erhalte, in Form von Dienstunterrichten an meine Dienstabteilung weiter.

? Was sind derzeit Eure aktuellen Themen im Bereich Häusliche Gewalt?

Beide: Die Handreichung für die Polizei zum Umgang mit häuslicher Gewalt.

Tessa: Durch die Handreichung gibt es eine neue Definition von häuslicher Gewalt. Das hat meiner Meinung nach

zu einem Anstieg der Zahlen in unserer PI geführt. Diesen Mehraufwand müssen wir natürlich mit einem gleichbleibenden Personalkörper im FK abarbeiten.

Christian: Auch im ESD habe ich das Gefühl, dass durch die neue und bundeseinheitliche Definition, mehr Sachverhalte als häusliche Gewalt gewertet werden. Das heißt auch bei uns, mehr Arbeit mit gleichem Personal.

? Was gefällt Euch an der neuen Handreichung?

Christian: Sie gibt uns die Möglichkeit über das Gefahrenabwehrgesetz NPOG und das Hochrisikomanagement in den Fällen, in denen es angezeigt ist, auch gezielt mit den richtigen Maßnahmen zu agieren.

Tessa: So können wir noch besser versuchen, schwere Taten zu verhindern. Egal ob im ESD oder in der Sachbearbeitung.



Tessa Bethge und Christian Kirstein im Interview mit Jonas Brockfeld.

Foto: Polizeidirektion Braunschweig

? Was sind auftretende Stolpersteine bei der Bearbeitung von Sachverhalten im Kontext Häuslicher Gewalt?

Tessa: Oft stellt leider der Datenschutz eine echte Hürde beim Austausch mit anderen Beteiligten dar. Sei es das Amtsgericht, die Krankenhäuser oder die Frauenhäuser, oft hören wir: „Das können wir Ihnen aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht mitteilen.“ Wenn es dann manchmal wirklich schnell gehen muss, ist das nervenzerreibend.

Christian: Für uns im ESD ist die Checkliste aus der Handreichung Freud und Leid zugleich. Auf der einen Seite bietet sie eine super Grundlage, um nichts im Einsatz zu vergessen. Gleichzeitig ist sie aber auch so lang, dass manche Dinge einfach übersehen werden. Und so kommt man vor Ort manchmal in den Konflikt zwischen, ich muss noch dies und jenes ausfüllen und gleichzeitig muss ich den Täter/ die Täterin auch wirklich

wegweisen. Sprich Sachen packen, Schlüssel abnehmen, rechtliche Lage erläutern und vieles mehr. Für ein Streifenteam allein kann das echt viel werden.

? Welche Tipps habt ihr für unsere Leserinnen und Leser?

Tessa: Das Thema Häusliche Gewalt kann im ersten Moment erschlagend wirken. Ich muss im Ersten Angriff und bei der Sachbearbeitung auf viele Dinge achten. Wenn wir aber etwas Zeit investieren, uns informieren und nachfragen, dann ist das Thema besser greifbar. Als Tipp aus Sicht der Sachbearbeitung möchte ich mitgeben, dass eine Telefonnummer der Beteiligten im Vorgang sehr viel wert ist. So können wir schneller in Kontakt treten.

Christian: Wir haben bei uns in der PI etabliert, dass einmal in der Woche ein Video bei null 1|5 hochgeladen wird. Hier werden immer verschiedenste Fort-

bildungsinhalte themenübergreifend vermittelt. Auch das Thema häusliche Gewalt wurde so schon behandelt. Wir wollen zukünftig bei Änderungen den Wissensstand der Kolleginnen und Kollegen auffrischen. Darüber hinaus gibt es einen Lernpfad häusliche Gewalt bei null 1|5. Dieser ist zwar zeitintensiv, dafür nimmt man aber auch sehr viele Informationen mit.

Super Tipps und Hinweise zum Ende. Vielen Dank an Euch beide für Eure Zeit und den Einblick in Eure Arbeit.

Das Interview führte Jonas Brockfeld.

HERAUSFORDERUNG „HÄUSLICHE GEWALT“: Interdisziplinäre Ausbildung im Bachelor-Studiengang

Das Thema „Häusliche Gewalt“ hat in den letzten Jahren immer mehr an Aufmerksamkeit gewonnen, nicht zuletzt wegen der auch in Niedersachsen ständig steigenden Fallzahlen in der PKS sowie der entsprechenden Dunkelfeldforschung.

Nun ist dieses Jahr die aktualisierte Handreichung III des Landeskriminalamtes ⁽¹⁾ zu dieser Thematik erschienen. Hierin werden landesweite Standards festgelegt, die einer einheitlichen Bearbeitung von Fällen „Häuslicher Gewalt“ dienen. In der Handreichung wurden in vielen Bereichen Anpassungen vorgenommen, die Auswirkungen auf die polizeiliche Sachverhaltsaufnahme, die weitere Bearbeitung und demzufolge auch auf die Aus- und Fortbildung haben. So wurden im Bachelor-Studiengang der Polizeiakademie Niedersachsen die bereits bestehenden Ausbildungsinhalte inhaltlich angepasst.

Hier ist speziell das Fallmanagement zu nennen. Durch dieses ist die Verwendung neuer Formulare/Vordrucke (z. B. Checkliste für Ersteinschreitende und Ersteinschätzung Gefährdung) erforderlich.

Bereits seit vielen Jahren wird ein interdisziplinärer Ansatz in der Ausbildung verfolgt. Die verschiedenen Studiengänge an der PA NI sind mit jeweils eigenen Inhalten zum Thema „Häusliche Gewalt“ beteiligt, die den Studierenden in einem eigenen Teilmodul vermittelt werden, z. B. Spurensuche, Hintergründe zu Tätern und Opfern, Bewältigung dieser Einsatzlagen

unter Beachtung der Eigensicherung, Eingriffs-/Rechtliche Grundlagen und Kommunikation/Psychologie (gesamt: 76 Stunden). Das Teilmodul endet mit einem interdisziplinären Training, das grundsätzlich vor dem Praktikum terminiert wird. Im Rahmen der digitalen Didaktik wurden zu diesem Themenkomplex, ergänzend zu den Vorlesungen, eine Vielzahl an asynchronen Inhalten erstellt, so z. B. eLearning-Module. Diese enthalten nicht nur für die Studierenden zusätzliche Informationen, sondern bieten auch für die Kräfte im täglichen Dienst Fortbildungsmöglichkeiten.

**POLIZEI**
NIEDERSACHSEN

(Hoch-) Risikomanagement
bei häuslicher Gewalt

Herzlich Willkommen zum eLearningmodul

(Hoch-) Risikomanagement bei häuslicher Gewalt

Was vermittelt dieses eLearningmodul?

- Definition und Statistiken
- Rechtliches
- Fallbeispiele
- Handreichung Häusliche Gewalt
- Hochrisikomanagement
- Akteure im Fallmanagement

Viel Spaß wünscht Ihnen Ihr eLearning-Team.

**POLIZEI**
NIEDERSACHSEN

HÄUSLICHE GEWALT
ist ein weitaus häufigeres Problem
in unserer Gesellschaft
als viele von uns denken.

Video Creative Commons-Lizenz: IMPROVE and IMPRODVA projects

POLIZEIAKADEMIE NIEDERSACHSEN

Start

?

🏠

i



Der Erste Angriff umfasst auch die Beratung und Betreuung des Opfers.

Zudem unterstützt die PA NI die erforderliche Vernetzung mit externen Akteuren im Kontext „Häusliche Gewalt“.

Beispielhaft dafür ist ein eLearning-Modul „Häusliche Gewalt – Bedeutung des Fallmanagements, auch im Hinblick auf Hochrisikofälle“, das Studierende des Studienjahrgangs BA 19-20 im Rahmen eines Wahlpflichtkurses des Studiengabiets für Sozialwissenschaften gemeinsam erstellt haben. Ziel des Kurses war es, dass die Studierenden praxisnah erfahren, wie die einzelnen Akteure eines „Runden Tisches“ zusammenwirken.

Die zur Verfügung gestellten Inhalte und Materialien dieser Akteure (Polizei, BISS, Frauenhaus, Opferhilfe, Weisser Ring, Täterberatungsstelle, ASD) wurden in das Modul aufgenommen. Die digitalen Inhalte sind bereits im Internet und in PSN Null|15 abrufbar (Siehe Infokasten). Die PA NI leistet hierzu einen Beitrag zum adäquaten Umgang mit dem Phänomen.

⁽¹⁾ Handreichung für die Polizei zum Umgang mit „Häuslicher Gewalt“, LKA Niedersachsen, Hannover, 2023.

Oliver Kerkhoff / Kathrin Lompe



Der digitale Lernpfad zur eigenständigen Fortbildung!

Der digitale Lernpfad des Studiengabietes 4 (Sozialwissenschaften/ Führung) ist sowohl im Netz als auch über null 1|5 über die nachfolgenden Links und QR-Code abrufbar und steht somit allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten landesweit zur eigenständigen Fortbildung zur Verfügung.

StudIP Internet: <https://t1p.de/HG-eLearning-online>

StudIP-Intranet und null 1|5 im eLearning-Blog:

https://intra.elearning.polizei.niedersachsen.de/studip/plugins_packages/RasmusFuhse/LernmodulePluginData/moduledata/7c0bc0c26a00e4211df4a3c477f014a2/index.html



NEUES FRAUENHAUS MIT NEUEM KONZEPT Mitten in Gifhorn

Im Jahr 2019 wurde festgestellt, dass das bestehende Frauenhaus in Gifhorn nicht mehr angemessen ist. Die Egon-Gmyrek-Stiftung hat sich daraufhin als Investor angeboten, um ein neues Frauenhaus zu errichten.

Das Gebäude bietet Platz für zwölf Frauen und bis zu 18 Kinder, verfügt über Gemeinschaftsräume, Beratungsräume und liegt zentral in Gifhorn. Im Mai 2022 wurde der Grundstein gelegt, und im August 2023 wurde das Haus eröffnet.

Das neue Frauenhaus hat eine offene Adresse, aber die individuellen Aufenthaltsorte der Frauen sind anonymisiert. Ein großer konzeptioneller und notwendiger Schritt in Zeiten digitaler Endgeräte, in der jede Person leicht geortet werden kann. Mit der Polizei Gifhorn wurde ein

Sicherheitskonzept erarbeitet und das Haus ist mit umfangreicher Technik geschützt. Zusätzlich braucht es bei Aufnahme einer Frau ein Sicherheitsscreening und eine Einschätzung ihrer digitalen Sicherheit.

Ein wichtiges Element des neuen Konzeptes ist die Ermutigung der Frauen, aus der Anonymität hervorzutreten und ein gewaltfreies Leben aufzubauen. Eine Erzieherin unterstützt die Mütter und hilft den Kindern, traumatische Erfahrungen zu bewältigen.

Seit 1993 haben rund 1200 Frauen und ihre Kinder im Gifhorner Frauenhaus Schutz gefunden. Dieses Projekt wurde durch das Engagement verschiedener Personen und Organisationen vorangetrieben, darunter die damalige Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Gifhorn Ute Simonidis, die Landrätin Margarete Pertz und die Frauen des Frauenzentrums Frauen(tr)räume. Heidemarie Golombowski leitete das Frauenhaus 23 Jahre lang und prägte die Arbeit entscheidend.

Jonas Brockfeld

STAATSANWALTSCHAFT HANNOVER

Interview mit Carl Philipp Ritter

In Niedersachsen sind laut Polizeilicher Kriminalstatistik im vergangenen Jahr 24.742 Menschen Opfer häuslicher Gewalt geworden. Das sind rund 2.400 Fälle mehr als im Vorjahr. Etwa zwei Drittel davon sind Frauen. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft Hannover verfolgt Carl Philipp Ritter diese Taten. Mit der proPOLIZEI sprach der 36-Jährige über die Herausforderungen, die ihm im Umgang mit dem sensiblen Rechtsbereich begegnen.

? Herr Ritter, eigentlich ist es doch ganz einfach: Beschuldigter und Opfer sind in der Regel bekannt. Warum gestalten sich die Verfahren dennoch häufig schwierig?

Ritter: Die Schwierigkeit liegt gerade darin, dass sich die beschuldigte Person und das Opfer kennen und dass die Straftaten überwiegend im nicht öffentlichen Raum stattfinden. Die Ermittlungsbehörden sind häufig auf Strafanzeigen des Opfers oder Angehöriger angewiesen. Es kommt vor, dass ein Opfer sich erst entscheidet, Straftaten zur Anzeige zu bringen, wenn dessen Situation unerträglich geworden ist. Vielfach fehlt es an neutralen Zeugen oder weiteren Beweismitteln. Häufig steht dem Opferzeugen zudem ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 52 StPO zu. Wenn ein zunächst aussagebereites Opfer im späteren Fortgang des Verfahrens sich dazu entschließt, keine Aussage mehr zu machen, fällt im Zweifelsfall das entscheidende Beweismittel weg.

? Und wie gehen Sie damit um, wenn das Opfer seine Anzeige zurücknimmt bzw. die Aussage verweigert?

Ritter: Grundsätzlich verhält es sich so, dass es nicht im Ermessen des Opfers liegt, ob die Staatsanwaltschaft eine

Straftat verfolgt. Das Opfer kann die Anzeige einer Straftat daher auch nicht zurücknehmen. Eine Ausnahme davon bilden die Antragsdelikte, bei denen die Verfolgbarkeit mitunter davon abhängt, dass das Opfer Strafantrag stellt. Wenn es vorkommt, dass ein Opfer sich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht beruft und die Staatsanwaltschaft das Verfahren in Ermangelung weiterer Beweise einstellen muss, dann tragen wir Sorge dafür, dass das Opfer über die Gründe der Einstellung informiert und im Zuge dessen auf Hilfseinrichtungen (BISS – Interventions- und Koordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt oder Suana Kargah e.V.) hingewiesen wird.

? Abseits der Anklageerhebung: Welche weiteren Mittel stehen der Staatsanwaltschaft zur Verfügung, um häusliche Gewalt zu bekämpfen?

Ritter: Dem Bereich der häuslichen Gewalt liegen oft Dauerkonflikte zugrunde. Das vorderste Ziel muss sein, den jeweiligen Konflikt anhaltend zu befrieden. Droht ein Konflikt zu eskalieren, kann die Staatsanwaltschaft diesen nur ausnahmsweise gefahrenabwehrrechtlich bekämpfen, wenn der Haftgrund der Wiederholungsgefahr nach § 112a StPO vorliegt. Ist dies nicht der Fall, muss der Gefahr – in der Zuständigkeit anderer Behörden – durch Maßnahmen nach dem PsychKG,

dem Betreuungsrecht oder über den Platzverweis und den Verhinderungsgewahrsam nach den §§ 17 ff NPOG begegnet werden. Die Staatsanwaltschaft prüft ihrerseits vor Anklageerhebung, ob die Tatumstände eine Einstellung des Verfahrens nach den §§ 153, 153a StPO zulassen. Gerade im Bereich der häuslichen Gewalt bietet es sich an, dass die Staatsanwaltschaft der beschuldigten Person die Auflage macht, an einem Täter-Opfer-Ausgleich teilzunehmen. Unter Vermittlung des Hannover Waage e.V. wird dann der beschuldigten Person und dem Opfer die Möglichkeit geboten, gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu finden. Dadurch können Konflikte endgültig befriedet werden, sodass die Verhängung einer zusätzlichen Strafe obsolet wird. Eine solche Einstellung kommt ferner in Betracht, wenn sich der Beschuldigte zum Beispiel bereiterklärt, einen sechsmonatigen sozialen Trainingskurs im Männerbüro in Hannover zu absolvieren. Auch dieser Weg dient der Prävention, um künftige Gewaltausbrüche zu verhindern.

Das Interview wurde geführt durch Antje Westermann, LKA

POLIZEIDIREKTION HANNOVER

„Es ist unerlässlich, Einsatzkräfte zu sensibilisieren“

Lena Neumüller erklärt, wie eng die Polizeidirektion Hannover und zuständige Jugendämter kooperieren, um Minderjährige vor Gewalt zu schützen. Lena ist Teil des Dez. 11 (Grundsatz/Prävention) und begleitet u. a. Präventionsprojekte und -maßnahmen.

? *Aus welchem Grund haben sich die Polizeidirektion Hannover und das Jugendamt auf eine so enge Zusammenarbeit verständigt?*

Neumüller: Die Kolleginnen und Kollegen stehen oft vor der Herausforderung Bewertungskriterien im häuslichen Umfeld im Kontext der Kindeswohlgefährdung richtig zu deuten und mögliche Gefährdungslagen zu bewerten. Daher ist es unerlässlich, die Einsatzkräfte zu sensibilisieren und Handlungssicherheit zu schaffen. Die Notwendigkeit ist durch die Erkenntnisse der Lügde-Kommission deutlich hervorgehoben worden. Zur Früherkennung von Missständen in diesem Zusammenhang und Optimierung der Arbeitsprozesse wurde durch das Präventionsteam der Polizeiinspektion Hannover in Kooperation mit den Jugendämtern der Landeshauptstadt Hannover, der Stadt Laatzen und dem Dezernat 11 der PD Hannover das Pilotprojekt „Mitteilungsbogen Kindeswohlgefährdung“ innerhalb der PI Hannover initiiert.

? *Über welche konkreten Zahlen sprechen wir eigentlich?*

Neumüller: Die Anzahl von Kindeswohlgefährdungen wird kriminalstatistisch eigenständig nicht erfasst. Die Anzahl der Kinder, die im Berichtsjahr 2022 im Zuständigkeitsbereich der PD Hannover Opfer von Häuslicher Gewalt wurden,

beläuft sich insgesamt auf 388 Fälle, davon sind 89 Fälle Misshandlung von Schutzbefohlenen und die Anzahl der Jugendlichen beläuft sich auf 287 Fälle mit 22 Fällen Misshandlung von Schutzbefohlenen.

? *Was sieht die Kooperation zwischen Polizei und Jugendamt vor und wie läuft sie praktisch ab?*

Neumüller: Der standardisierte Mitteilungsbogen wird von den Einsatzkräften als Ergänzung zum Jugendamtsbericht gefertigt und an das zuständige Jugendamt übermittelt. In Folge leitet das Jugendamt bei jedem eingegangenen Jugendamtsbericht und Mitteilungsbogen die Prüfung einer möglichen Kindeswohlgefährdung ein. So sollen etwaige Missstände bei Minderjährigen frühzeitig erkannt werden. Dieses erklärt außerdem das Delta bei den Feststellungen von tatsächlichen Kindeswohlgefährdungen durch die Polizei bzw. das Jugendamt.

? *Welche Bilanz ziehen die Kooperationspartner aktuell? Wie sieht die künftige Verfahrensweise aus?*

Neumüller: Die teilnehmenden Akteure haben das Pilotprojekt als positiv eingestuft, da jeder übersandte Mitteilungsbogen ergänzende Informationen enthielt



Lena Neumüller Foto: Jan Niklas Kansteiner

und sich als hilfreiche Unterstützung bei der Gefährdungsanalyse erwies. Die weitere Verfahrensweise sieht die Implementierung des Mitteilungsbogens zunächst innerhalb der PD Hannover vor. Erste Vorabsprachen haben hierzu bereits stattgefunden.

Das Gespräch wurde geführt durch Michael Bertram.

INTERVIEW-SERIE

Auf eine Tasse mit Lydia Freienberg

Ich bin Lydia Freienberg und seit 1992 bei der Polizei Niedersachsen. Seit vier Jahren bin ich Beauftragte für Jugendsachen bei der Polizeiinspektion Harburg im Präventionsteam der PI. Ich bin mit verschiedenen Präventionsprojekten an den Schulen im Landkreis präsent, um Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren.

? Lydia, beschreibe uns Deine Tätigkeit und vor allem Deine Motivation?

Freienberg: Meine Motivation als Beauftragte für Jugendsachen ist der Schutz und die Unterstützung von Gewalt betroffenen Personen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

Als Ermittlerin habe ich lange in den Bereichen Häusliche Gewalt und Sexualdelikte gearbeitet und kenne daher die schwierige Situation der Betroffenen und weiß, dass auch immer die im Haushalt lebenden Kinder betroffen sind.

Die polizeiliche Präventionsarbeit umfasst auch, den Betroffenen Auswege aus der Situation aufzuzeigen. Hierzu ist eine Vernetzung mit anderen Organisationen und Einrichtungen sehr wichtig. Im Landkreis Harburg haben wir uns mit verschiedenen Organisationen und Einrichtungen zum Netzwerk „Gemeinsam gegen Häusliche Gewalt“ zusammengeschlossen.

? Was sind aus Deiner Sicht die größten Herausforderungen im Bereich Häusliche Gewalt?

Freienberg: Die Herausforderung ist den Betroffenen das Gefühl zu vermitteln: Ihr könnt euch aus der Situation lösen und es gibt Hilfe und Unterstützung!

Diese Hilfe und Unterstützung kann die Polizei sein, aber auch Organisationen wie die Frauenberatungsstellen vor Ort oder das Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen.

Es ist wichtig, die von Gewalt betroffenen Personen direkt anzusprechen. Oft gibt es jedoch Gründe, warum die Betroffenen sich alleine nicht aus der Situation lösen können. Wir versuchen deshalb, das persönliche Umfeld der Betroffenen anzusprechen und zu sensibilisieren. Es gibt meistens Personen im Umfeld, die um die Gewalt wissen, jedoch oft nicht, wie sie den Betroffenen beistehen und sie unterstützen können.

Hierzu haben wir z. B. die Kampagne „#hinschauen110 wählen“ initiiert, die das Umfeld sensibilisieren und auch stärken soll. Die Kampagne wurde über Social Media gestartet und erlangte deutschlandweit eine große Reichweite (siehe polizei.lkharburg.lf)

? Kannst Du uns 3 Dinge nennen, weshalb deine Aufgaben mit deinem Engagement so gut zusammenpassen?

Freienberg: Die Zusammenarbeit mit engagierten Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei. Sowie Straftaten durch Prävention verhindern zu können und die Möglichkeit der Kreativität.

? So, und nun die wichtigste Frage: Kaffee oder Tee?

Kaffee! Nicht mehr wie früher mit viel Zucker, dafür gerne mit viel Milchschaum

Das Interview führte Pascal Will.



Lydia Freienberg



Innenministerin Daniela Behrens im Gespräch mit Nora Schenk.

EMPFANG DER LANDESREGIERUNG

„Sie verdienen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger!“

Die Niedersächsische Landesregierung hat sich bei einem Empfang am 23.08.2023 bei allen Mitarbeitenden für den täglichen Einsatz und das großartige Engagement im Dienst der Landespolizei bedankt.

Für die Veranstaltung wurden repräsentativ mehr als hundert Mitarbeitende der insgesamt 26.000 Bediensteten der niedersächsischen Landespolizei von ihren jeweiligen Dienststellen ausgewählt, die in der zurückliegenden Zeit Besonderes geleistet haben.

„Das Engagement, das Sie täglich weit über das geforderte Maß hinaus zeigen, ist nicht selbstverständlich und verdient Dank, Lob und Anerkennung. Sie zeigen ganz deutlich: Die Arbeit bei der Polizei ist kein Nine-to-Five-Job! Es ist eine Berufung und mehr als bloßer Broterwerb. Die Niedersächsischen und Niedersachsen können sich auf Sie verlassen und Sie vertrauen Ihnen. Dieses Vertrauen verdienen Sie sich tagtäglich mit Ihrer Zuverlässigkeit und Ihrer hervorragenden Arbeit für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen“, sagte Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens.

So wurden unter anderem zwei Polizeibeamte aus der Polizeidirektion Oldenburg geehrt, die einen Mann Anfang des Jahres aus dem kalten Fluss Hunte gerettet haben und ihm so das Leben retten konnten. Ebenso war eine Sachbearbeiterin aus dem Landeskriminalamt Niedersachsen unter den geladenen Gästen, die bei ihren Ermittlungen einen Kindesmissbrauch erkannt und durch ihr schnelles Handeln beendet hat. Auch wurden die Leistungen einer Polizeibeamtin aus der Polizeidirektion Braunschweig gewürdigt, die in einen fahrenden Lkw stieg, das Fahrzeug stoppte, um dem bewusstlos gewordenen Fahrer Erste Hilfe zu leisten.

Faszination, Identifikation, Team, Weiterentwicklung – mit ihrem persönlichen Blick auf den Dienst in der Polizei sprach KHKin Nora Schenk, PI Besondere Dienste, in ihrem Rede-

beitrag vielen Anwesenden aus dem Herzen, benannte Herausforderungen und machte deutlich: „Grundsätzlich ist jeder im Polizeidienst ein Teil eines großen Ganzen.“

Auch Friedo de Vries, Präsident des Landeskriminalamts (LKA) Niedersachsen, stellte in seinem Beitrag nicht nur die Leistungen, die jede und jeder einzelne im Polizeidienst täglich erbringt in den Vordergrund, sondern sprach auch über die Aspekte „die man nicht in Hochglanzbroschüren findet“ und schloss sein Grußwort: „Trotz der Widrigkeiten, der hohen Anforderungen, der Arbeitsverdichtung: Jeder und jede von uns leistet einen Beitrag, um unser Land für die Menschen, die hier leben, ein Stück sicherer zu machen. Gemeinsam bewegen wir was. Darauf ist Verlass!“

Der diesjährige Empfang der Landesregierung wurde vom LKA Niedersachsen organisiert. Der Festakt fand im Schloss Herrenhausen in Hannover statt. Den Gästen wurde mit einem feierlichen Rahmenprogramm, einem Kinderprogramm sowie musikalischer Begleitung durch die Jazz-Combo des niedersächsischen Polizeiorchesters ein kurzweiliger Empfang geboten. Ausrichter 2024 ist die PD Göttingen.

Philipp Hasse / Antje Westermann



Foto: Paula Bierwagen/LKA Nds



Weitere Infos: Fotos, die Redebeiträge der Veranstaltung zum Nachhören sowie das auf der Veranstaltung gezeigte Video über die Polizei Niedersachsen finden sich in null 1|5.

Suchen in null 1|5 nach ... 🔍 → Empfang der Landesregierung 2023

DIESES ZIEL VERBINDET!

Oldenburger Veranstaltung „Demokratie schützen – Hass bekämpfen“

Der Ton in der Gesellschaft wird rauer und Hasskriminalität ist omnipräsent, wodurch die Strafverfolgungsbehörden mehr gefordert sind. Die PD Oldenburg und PD Osnabrück zeigten mit der gemeinsamen Veranstaltung „Demokratie schützen – Hass bekämpfen“, dass demokratiefeindliche Tendenzen bekämpft werden müssen.

Die Uhr schlug halb zehn, als sich die ersten Kolleginnen und Kollegen der PD Oldenburg und Osnabrück im Foyer des Alten Landtages begrüßten. Bei Kaffee und Keksen wurde mit Vertretenden aus den kreisfreien Städten und Landkreisen über das Thema der Veranstaltung gesprochen.

Als wenig später alle rund 180 Gäste im Festsaal Platz genommen hatten, konnten der Polizeipräsident der PD Oldenburg, Johann Kühme, sowie der Polizeipräsident der PD Osnabrück, Michael Maßmann, mit der Einleitung beginnen. Sie begrüßten alle Anwesenden und zeigten sich erfreut, dass die Ministerin für dieses wichtige Thema in Oldenburg erschienen war. Daniela Behrens betonte in ihrem anschließenden Grußwort auch, wie wichtig der Schutz von Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern sei.

Als Stefanie Köster, Leiterin Dez. 01, PD Oldenburg, darauffolgend den Vortrag

von Oberpsychologierat Jan-Gerrit Keil, LKA Brandenburg, ankündigte, wurde dieser der hohen Erwartungshaltung des Publikums mehr als gerecht. Selten wurde ein Thema über verschwörungstheoretische Brückennarrative so anschaulich nähergebracht. Das errungene Hintergrundwissen ist ein Gewinn für die Arbeit gegen Reichsbürgerinnen und -bürger und andere demokratiefeindliche Tendenzen.

Was demokratiefeindliche Tendenzen anrichten können, hat Markus Nierth selbst erlebt. Er war von 2009 bis 2014 Ortsbürgermeister von Tröglitz in Sachsen-Anhalt. Sein Vortrag machte genau das deutlich, was die Ministerin bereits zu Beginn der Veranstaltung erwähnte: Amts- und Mandatsträgerinnen und -träger müssen besser geschützt werden. Durch sein kommunalpolitisches Mandat hat sich Markus Nierth in seiner Heimat für die Aufnahme von Geflüchteten eingesetzt. Der Großteil der Einwohnerinnen und Einwohner lehnte

die Aufnahme von Geflüchteten ab. Trotz heftigster Anfeindungen gegenüber seiner Familie und seiner Person bleibt sein Engagement in der Flüchtlingsarbeit bis heute ungebremst. Während Markus Nierth seine bewegende, persönliche Geschichte erzählt, ist es im Saal absolut still. Sein Vortrag erzeugte so große Betroffenheit, dass man sprichwörtlich eine Stecknadel hätte fallen hören können. Johann Kühme und Michael Maßmann zollten Markus Nierth im Anschluss persönlichen Respekt und Anerkennung.

Abschließend sprach Michael Maßmann sein Schlusswort. Er brachte neben seinem Appell, sich tagtäglich für die Demokratie einzusetzen und stark zu machen, auch seinen Stolz zum Ausdruck. Stolz darüber, dass die beiden Polizeidirektionen Oldenburg und Osnabrück ein so wichtiges Thema in den Vordergrund rücken konnten. Um 16 Uhr traten die Gäste zufrieden ihren Heimweg an.

Malte Hagspihl



PP Maßmann und PP Kühme bei der Veranstaltungseröffnung.



Foto: PD Oldenburg



KHK Ingo Peters im Cyber Crime Center in Washington.



Foto: Ingo Peters

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT: CYBERCRIME

Dienstreise zum OPCG – Meeting und Austausch mit Experten in Washington

Auf persönliche Einladung des European Cyber Crime Centre (EC3) von Europol, nahm der Leiter des FK Cybercrime der ZKI Oldenburg, KHK Ingo Peters, vom 19. – 27.05. in Washington D.C. (USA) am OPCG Meeting und Fallkonferenzen zu aktuellen Verfahren teil.

Das OPCG (Operational Planning und Coordination Group) Meeting, welches im halbjährlichen Rhythmus stattfindet, bietet den Teilnehmerstaaten eine von Europol geschaffene Möglichkeit, um sich im Bereich der Prävention und Repression im sog. Darknet international zu vernetzen und gemeinsame Strategien zu entwickeln. Im besagten OPCG Meeting im Mai wurden von Europol u. a. Rückblicke auf die in den letzten beiden Jahren von Europol und dem FBI koordinierten international durchgeführten Operationen „HunTOR“ und „SpecTor“ gehalten. Grundlage für HunTOR im Oktober 2021 war insbesondere der Datenbestand des Darknet-Marktplatzes „DarkMarket“, der Anfang 2021 durch die ZKI OL sichergestellt worden war. Auch für SpecTor im Mai 2023 konnte die ZKI OL Daten beisteuern, da der Darknet-Marktplatz „MonopolyMarket“ in Zusammenarbeit mit dem FBI Ende 2021 beschlagnahmt und abgeschaltet werden konnte. In der rückwärtigen Betrachtung haben diese Aktionen ein positives Echo in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit erzeugt.

Neben dem konkreten persönlichen Austausch in den zweitägigen Fallkonferenzen zu aktuell laufenden Ermittlungen fand ein gehaltvoller Austausch zu neuen Ermittlungstechniken und der weiteren strategischen Ausrichtung statt. Beteiligt waren u. a. Kolleginnen und Kollegen aus Österreich, Kanada, Finnland, den Niederlanden, Schweden, Großbritannien, diverse amerikanische Sicherheits- und Verfolgungsbehörden sowie Europol. Zahlreiche Pausengespräche abseits des formalen Veranstaltungsrahmens stärkten dabei insbesondere den Netzwerk-Gedanken unter den Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen anwesenden Institutionen.

Parallel zu diesen Fallkonferenzen wurden diverse Fachvorträge und Diskussionen mit den Firmen Chainalysis, Cellbrite und TRM Labs durchgeführt. Hierbei wurden neue Tools vorgestellt, welche z. B. das Aufspüren und Analysieren von Spuren bezüglich Kryptowährungen auf sichergestellten digitalen Beweismitteln erleichtern sollen.

Neben dem dienstlichen Charakter der Reise kam auch der kulturelle Teil nicht zu kurz: Das Programm sah nämlich auch den Besuch von bekannten Sehenswürdigkeiten wie dem Weißen Haus, dem Kapitol, dem Washington Monument und weiteren Memorials, wie auch dem Nationalpark Shenandoah, vor, um hierbei mit ein paar Selfies Erinnerungen für die Familie und die Kollegschaft zu schaffen.

Trotz gewisser Anstrengungen bei der Rückreise, die aufgrund eines Flugausfalls satte 21 Stunden in Anspruch nahm, bleibt Ingo Peters neben vielen persönlichen positiven Eindrücken sicherlich der Moment in Erinnerung, als der Leiter des 'Analysis Project Darkweb' (Europol) in seiner Eröffnungsrede zur Tagung vor ca. 100 Fachleuten der Konferenz der ZKI Oldenburg wiederholt namentlich für die gute Zusammenarbeit gedankt hat. Ein Ausflug dieser Art kann für Ingo Peters ganz bestimmt als dienstliches Highlight gewertet werden.

Ingo Peters

AUSLANDSDIENST IN KROATIEN

Teilnahme am Projekt „Safe Tourist Destination“

Seit 2015 besteht zwischen dem LPP Niedersachsen und der Polizeiabteilung des kroatischen MI eine bilaterale Kooperationsvereinbarung (sog. MoU), die aufgrund des Projektes „Safe Tourist Destination“ erstellt wurde.

In diesem Rahmen finden einmal jährlich im Sommer Personalaustausche für Einsatzunterstützungen in Form gemeinsamer Streifen oder präventiver Arbeit in touristischen Gebieten Kroatiens statt. Hintergrund des Projekts ist die Stärkung des Sicherheitsgefühls und der Abbau von Sprachbarrieren.

Im März 2023 wurde die Ausschreibung vom LPP zum Projekt „Safe Tourist Destination“ per E-Mail versendet. Voraussetzung für die Teilnahme waren Englischkenntnisse im Level B2 (kroatisch wünschenswert), Erfahrung im Einsatzbereich und der Besitz einer Uniform. Weiterhin konnte in der Bewerbung angegeben werden, in welchem Zeitraum (Juli/ August 2023) und in welchen von drei möglichen Orten (Mali Lošinj, Pore und Zadar) man eingesetzt werden möchte. Da sich das Projekt sehr spannend anhörte, bewarb ich mich direkt!

Einige Wochen später erhielt ich die Zusage für den Zeitraum 03. – 31.07.2023. Einsatzort: Mali Lošinj. Neben mir wurden Tamara Tita (PD BS) nach Poreč und Elisa Weiner (PD GÖ) nach Zadar entsendet. Nach der Zusage begann ich mit der Planung der Hin- und Rückfahrt, da diese selbstständig organisiert werden musste. Um Unterkunft sowie Verpflegung vor Ort kümmerte sich die kroatische Behörde.

Die Hafenstadt Mali Lošinj liegt auf der Insel Lošinj und hat ca. 8.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Zur Haupturlaubszeit vergrößert sich die Zahl auf das Fünffache. Aus diesem Grund wird die dortige Polizeistation durch Kolleginnen und Kollegen vom Festland, aber auch durch Einsatzkräfte aus Deutschland unterstützt. Neben mir war noch eine Kollegin aus Bayern vor Ort. Ich wurde herzlich empfangen und in den Dienstalltag integriert. Sprachliche Barrieren im dienstlichen Miteinander gab es keine. Die Dienste

bestanden aus Tag- und Nachtschichten, in denen Streife gefahren, Fußstreife gelaufen, Einsätze bewältigt und Verkehrsüberwachung durchgeführt oder Präventionsarbeit betrieben wurde. Den deutschsprachigen Touristinnen und Touristen konnte ich bei Problemen helfen, polizeiliche Maßnahmen erklären und Hinweise zum Urlaub geben.

Mein persönliches Highlight der Verwendung im Ausland war ein Event mit allen ca. 100 internationalen Kolleginnen und Kollegen aus insgesamt 20 Ländern, die am Projekt teilgenommen haben (u.a. aus Polen, Ungarn, China, Südkorea).

Zusammenfassend kann ich die Teilnahme an dem Projekt wirklich empfehlen. Es bietet die Möglichkeit, internationale Kontakte zu knüpfen, Englisch-Kenntnisse zu verbessern und andere Arbeitsweisen und Ausstattungen kennen zu lernen.

Hannes Matzke



Foto: Hannes Matzke



Hannes Matzke mit Kolleginnen und Kollegen in Mali Lošinj.



PHK Torsten Obst mit Kollegen am „Ballermann“ sowie vor der Kathedrale von Palma.



Fotos: PHK Torsten Obst

EU-KOMMISSARIATE

Einsatz am „Ballermann“

... da war sie wieder, die Ausschreibung für die EU-Kommissariate! Kurz vor der Pensionierung versuche ich es ein drittes Mal und bewerbe mich für die Policia Nacional Spanien. Erfolgreich, es hat tatsächlich geklappt und mein Einsatzort wird Palma de Mallorca sein. Die Aufregung steigt ein wenig und ich hinterfrage mich: Reichen meine Spanischkenntnisse und was erwartet mich an Aufgaben?

Am Flughafen Palma angekommen, werde ich von den Kollegen der Policia Nacional abgeholt. Während der Fahrt zur Unterkunft (Rio Hotel Bravo, Arenal) werden die ersten Kontakte geknüpft.

Am nächsten Morgen steht der Dienstantritt im Comisaria de Policia Nacional an. Die obligatorischen Vorstellungsrunden mit dem Dienststellenleiter und den ebenfalls aus Deutschland und Holland eingesetzten Kolleginnen und Kollegen stehen an. Im Rahmen der ersten Streife werden die Einsatzgebiete abgefahren (Palma Centro, Playa und Flughafen).

Zugeteilt sind wir der GOR-Palma (Grupo Operativo de Respuesta). Hierbei handelt es sich um eine Operativgruppe, deren Hauptaufgabe darin besteht aktuelle Fahndungen umzusetzen sowie die

Verhinderung von Straftaten im Einsatzgebiet. An einem Ort wie Palma de Mallorca mit hoher Anzahl an Touristinnen und Touristen und entsprechenden Menschenansammlungen, sind unsere Täterinnen und Täter in Sachen Diebstahl und Betrug nicht weit. Die Ansammlung an komatös umherliegenden „Schnapsleichen“ am frühen Morgen ist für mich teilweise erschreckend. Gleichzeitig sind sie natürlich auch Opfer von Diebstählen, da sie ihr gesamtes Habe (Handy, Bargeld) zum Feiern mitgenommen haben und dieses nun schmerzlich vermissen. In diesem Bereich war die Verständigung in deutscher Sprache sehr hilfreich, da mögliche Sofortfahndungen nicht erst nach umständlicher Übersetzung bei der Anzeigenaufnahme und dadurch zeitlicher Verzögerung eingeleitet werden konnten und somit teilweise erfolgreich waren.

Die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger aller Nationalitäten zu uns war sehr hoch und unsere Anwesenheit willkommen. Viele Urlaubsgäste scheuen sich, ohne entsprechende Sprachkenntnisse die spanische Polizei anzusprechen. Hier sind wir ein gutes Bindeglied am Einsatzort. Anstrengend für unsere deutschen Verhältnisse ist das Arbeiten bei den hohen Temperaturen. Tagsüber ist das Thermometer kaum unter 35 °C, nachts nur knapp unter 30 °C gesunken.

Abschließend ist zu sagen, dass dieses Projekt „EU-Kommissariate“ weiterhin Zukunft für die Verständigung in Europa haben sollte. Die Horizonterweiterung in allen Bereichen ist auch für den eigenen Dienst nur von Vorteil. Meine Erwartungen sind eingetroffen, sprachlich ist definitiv noch Luft nach oben.



ZDF-Reportage in der Mediathek unter:

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdf-reportage/streife-auf-mallorca-100.html>



10-JÄHRIGES JUBILÄUM DES STRATEGIEFORUMS

Unter dem Motto „KRISENSICHER?!“

Es bot sich aufgrund des Jubiläums und dem diesjährigen Thema nicht nur an, über das aktuelle Thema Krise zu sprechen, sondern auch rückblickend und zukunftsweisend zu diskutieren. Was haben wir erreicht und wie wollen wir uns aufstellen? Was sind unsere Brennpunkt-Themen? Sind wir tatsächlich „KRISENSICHER?!“? Dies griff unser Landespolizeipräsident Axel Brockmann bei seiner Begrüßung auf: Er beschrieb, dass wir aufgrund unserer täglichen Arbeit ein Profi im Krisenmanagement sind. Daher steht zwingend das „!“ im Motto! Er nahm aber auch Bezug zu dem „?“: Denn nicht auf jede Krise können wir schnelle Antworten finden.

Der Start in die Veranstaltung gelang durch ein wach rüttelndes Interview mit der künstlichen Intelligenz „Claude AI“. Sowohl Dr. Richard Lemke als wissenschaftlich tätige Personen als auch die KI gaben hierzu ihre Abschätzungen ab. Die Komplexität und fokussierten Beiträge von der KI waren faszinierend und erschreckend zugleich.

Wie wirken sich Krisen auf uns aus? Zur Emotions- und Stressforschung bot Dr. Robin Malloy interessante Erkenntnisse aus der Hirnforschung.

In schwierigen Situationen ist es wichtig, mit Stress umgehen zu können. Dies ist ein essentieller Bestandteil unserer täglichen Arbeit. Als eine zentrale Erkenntnis stellte er dar, dass Menschen, die Verbundenheit erleben, besser mit Krisensituationen umgehen können.

Der Umgang mit Krisen führt unweigerlich auch zur Reflexion von persönlichen Krisen. Samuel Koch ist durch seinen folgeschweren Unfall während der Sendung „WETTEN, DASS...?“ querschnitts-

gelähmt. Beeindruckend schildert er seinen Weg aus seiner Krise und inspirierte durch seine lebensbejahende Haltung. Eine ungewollte Fahrplanänderung im Leben kann trotzdem positive Wege ermöglichen. Es ist eine Frage der Perspektive und der inneren Haltung.

Die Strategie der Polizei Niedersachsen zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie beteiligungsorientiert weiterentwickelt wird und verschiedene Perspektiven aus unserer Organisation in Entscheidungs-



Veronika Lemke, Innenministerin Daniela Behrens und Daniel Dahlke.

findungen einfließen. Um einen möglichst großen Personenkreis erreichen zu können, wurde dieses Jahr erstmalig ein Live-Online-Event durchgeführt. Ergänzend zu den 200 Personen vor Ort konnten zusätzlich mehr als 300 Teilnehmende digital nicht nur zuschauen, sondern auch mitwirken.

In analogen und digitalen Workshops wurde zu folgenden Krisenthemen intensiv diskutiert:

- ▶ Nachwuchsgewinnung
- ▶ Infrastruktur/ Arbeitswelt
- ▶ Digitalisierung
- ▶ KRITIS
- ▶ Bewältigen von Massendaten
- ▶ Klimaentwicklung / Ressourcenmangel.

Im Rückblick auf 10 Jahre Strategieforum wurde im Rahmen einer spannenden Podiumsdiskussion angemerkt, dass der Strategieprozess agil und fokussiert bleiben muss.



Chat-Moderatoren Yannic Korten und Aileen Noeske.

Die Innenministerin bot zum Abschluss der Veranstaltung eine passende Anregung für das Thema des Strategieforums in 2024: **„Wie können wir leichter werden?“**

In den zwei Tagen haben wir uns persönlich und uns als Organisation mit unseren Krisen auseinandergesetzt. Wir haben Themen wie die Nachwuchsgewinnung und Digitalisierung identifiziert, bei denen

wir gemeinsam strategische Schwerpunkte setzen wollen und wir haben auf den Messeständen sowie in den Workshops Lösungsansätze aufgezeigt und diskutiert, wie wir unsere Organisation auch in Krisen weiterentwickeln können. Unser Landespolizeipräsident stellt abschließend dar: „Eine Krise ist auch immer eine Chance.“

Ann-Christin Cruse

KOOPERATIONSVEREINBARUNG

Demokratie stärken und Extremismus bekämpfen

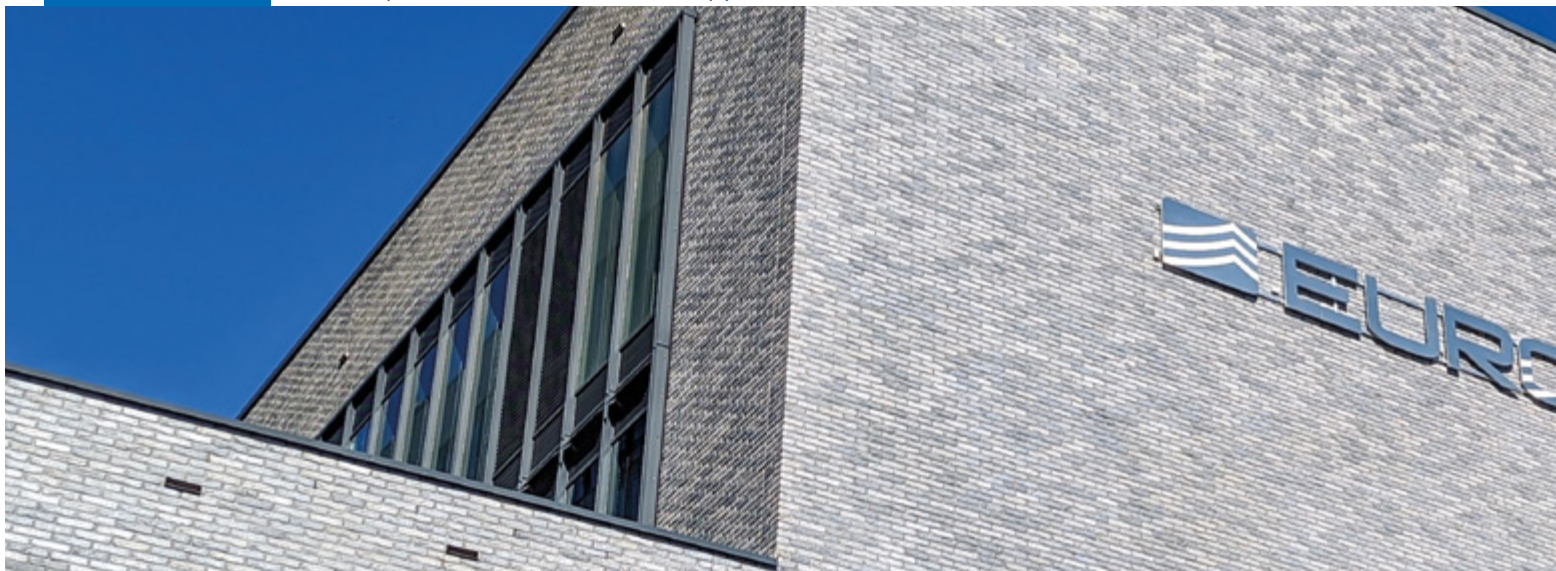
Kooperationsvereinbarung zwischen PD Braunschweig und LAB Niedersachsen. Die Vereinbarung setzt auf Dialog, Unterstützung, Selbsterfahrung und Perspektivwechsel und sieht Fortbildungsveranstaltungen sowie Begegnungs- und Beratungsmöglichkeiten vor.

Im August haben Michael Pientka, Polizeipräsident der PD Braunschweig, und Klaus Dierker, Präsident der LAB Niedersachsen, eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Polizeidirektion Braunschweig und der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen unterzeichnet. Während der Veranstaltung war auch Frau Ministerin Behrens anwesend und betonte die Bedeutung der Zusammenarbeit angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, darunter innere Sicherheit und Integration. Sie hob die Kooperationsvereinbarung hervor, die nicht nur die Zusammenarbeit im Einsatzalltag, sondern auch das Vertrauen in staatliche Institutionen stärken und demokratische Werte gegen Extremismus verteidigen soll. Beide Behörden setzen sich täglich für demokratische Grundwerte ein und betonen das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Die Zusammenarbeit ermöglicht es, schutzsuchende Menschen zu unterstützen und ihnen ein positives Bild der deutschen Polizei zu vermitteln. Ein Baustein der Vereinbarung ist das Verkehrspräventionsteam der Polizei, das Kindern und Jugendlichen Verkehrsregeln spielerisch vermittelt.

Jonas Brockfeld



v. l. n. r.: Präsident der LAB Niedersachsen, Klaus Dierker, Innenministerin Daniela Behrens und Polizeipräsident der PD Braunschweig, Michael Pientka.



Der Europol-Hauptsitz in Den Haag.

Foto: MI Ref. 21/ Europol

EUROPÄISCHE SICHERHEIT

Arbeitskreis II tagt bei Europol

Der Arbeitskreis II traf sich im September unter der Leitung seines Vorsitzenden Axel Brockmann zu einer Sondersitzung bei Europol in Den Haag. Im Fokus standen Themen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Erfahren Sie hier mehr ...

Sondersitzung des AK II bei Europol

Der Arbeitskreis II – Innere Sicherheit (AK II) [Verlinkung zum WIKI-Eintrag] kam unter der Leitung seines Vorsitzenden, Herrn LPP Axel Brockmann, am 5. und 6. September zu einer Sondersitzung im niederländischen Den Haag zusammen. Die Sitzung fand am Hauptsitz von Europol statt, wo hervorragende Rahmenbedingungen für einen konstruktiven Austausch geboten wurden.

Die Leiterinnen und Leiter der Polizeien des Bundes und der Länder, der Präsident des Bundeskriminalamtes und der Präsident der Deutschen Hochschule der Polizei, die zusammen den AK II bilden, diskutierten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Europol zu polizeilichen Themen von europaweiter Relevanz. Dabei waren unter anderem die derzeitige Direktorin Europols, Frau Catherine De Bolle (Belgien) sowie ihre drei stellvertretenden Direktoren, Herr Jean-Philippe Lecouffe (Abteilung Operative Tätigkeiten, Frankreich), Herr

Jürgen Ebner (Abteilung Organisationsführung, Deutschland) und Herr Andrei Linta (Abteilung Ressourcen, Rumänien) anwesend. Sie stellten die Arbeit Europols und deren zukünftige Ausrichtung vor, zeigten aber auch großes Interesse an den strategischen Schwerpunktsetzungen der Deutschen Polizeien.

Bundes- und europaweite Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung

Als Vorsitzender gab Brockmann einen Überblick über die aktuellen und künftigen Herausforderungen der deutschen Sicherheitsbehörden. Zu den Schwerpunktthemen des AK II gehören u. a. die Bekämpfung von Kinder- und Jugendpornografie, aber auch die steigenden Fallzahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität, Geldautomatensprengungen, Clan- und organisierte Kriminalität, der Umgang mit Verschwörungstheorien und Desinformationskampagnen, Straftaten gegen Einsatzkräfte sowie gegen Politikerinnen und Politiker, die



Die Europol-Direktorin De Bolle (erste Reihe, 2. v. l.) neben dem AK II-Vorsitzenden Brockmann (erste Reihe, 2. v. r.), den stellv. Direktoren Ebner (zweite Reihe, 1. v. l.), Linta (zweite Reihe, 2. v. r.) und Lecouffe (vierte Reihe, 2. v. r.) sowie den AK II-Mitgliedern und der AK II-Geschäftsstelle.



v. l. n. r.: Polizeidirektorin Carmen Scholze, Ministerin Daniela Behrens, Landespolizeidirektor Ralf Leopold.

◀ Folgen der geplanten Cannabis-Legalisierung, der Umgang mit Hasskriminalität im Internet, der Bekämpfung von häuslicher Gewalt, der Schutz kritischer Infrastrukturen oder auch Strategien zur Bekämpfung von Cybercrime.

„Die Themen, die wir gemeinsam bewegen, sind zahlreich und ihre Bedeutung für die Innere Sicherheit ist groß. Umso wichtiger ist es, dass wir weiterhin eng im Austausch bleiben, uns abstimmen, uns gegenseitig bereichern“, sagte Brockmann an die Vertreterinnen und Vertreter Europols, aber auch die AK II-Mitglieder gerichtet.

Dass eine erfolgreiche Polizeiarbeit in diesen und weiteren Phänomenbereichen nur grenz- und organisationsübergreifend gelingen kann, darin waren sich die Anwesenden einig. Als gelungenes Beispiel für eine solche Kooperation im europäischen Kontext wurde eine operational task force (OTF) der ZKI Osnabrück durch Europol hervorgehoben. Mit der Unterstützung Europols arbeiten hier niederländische und deutsche Beamtinnen und Beamte gemeinsam an der Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Geldautomatensprengungen.

CEPOL zu Gast im AK II

Auf der Tagesordnung stand auch der Besuch durch eine weitere europäische Agentur: Die Direktorin von CEPOL, Frau Montserrat Marín Lopez (Spanien), war zu Gast im AK II. Lopez nutzte die Gelegenheit, um mit den Spitzen der Deutschen Polizei in den Austausch zu kommen und das Aus- und Fortbildungsangebot von CEPOL als Europäische Polizeiakademie zu bewerben, das immer weiter ausgebaut wird und zunehmend auch online zur Verfügung steht.

Hans Gehrmann

BUNDESWEITER AKTIONSTAG sicher.mobil.leben – Rücksicht im Blick

Mit einem besseren Miteinander auf unseren Straßen zu mehr Verkehrssicherheit und weniger Unfällen, dafür setzt sich auch die Polizei Niedersachsen konsequent ein. So liegt der gegenwärtige Schwerpunkt der polizeilichen Verkehrssicherheitsarbeit einmal mehr auf einer Zunahme an „Rücksicht im Straßenverkehr“.

Die breite Zielgruppe umfasst hierbei alle Verkehrsteilnehmenden und alle Verkehrsbeteiligungsarten, also von jung bis alt und von zu Fuß bis auf mehreren Achsen unterwegs. Das Spektrum der Aktionen und Maßnahmen ist hierbei genauso vielfältig wie der Schwerpunkt an sich. Neben Präventionsveranstaltungen und Gesprächen mit allen Verkehrsteilnehmenden stehen ebenso die Kontrollen der Hauptunfallursachen im Fokus. Jede und jeder sollen angesprochen und zur Selbstreflexion angeregt werden. Ziel ist es, die Bedürfnisse der anderen Verkehrsteilnehmenden wieder zurück ins Bewusstsein aller zu bringen und somit einen rücksichtsvolleren Umgang untereinander zu fördern. Denn rücksichtsvoll und aufmerksam bedeutet, nicht immer auf sein Recht zu bestehen und sich auch in die Andere oder den Anderen hineinzusetzen. „Aufmerksamkeit und gegenseitige Rücksichtnahme verbessern nicht nur das Verkehrsklima, sie senken außerdem das Unfallrisiko. So lassen sich viele potenzielle Konflikte, Stress und Ärger auf den Straßen bereits von vornherein vermeiden.“, so Ministerin Behrens.

Dass die damit erhoffte Verbesserung des Verkehrsklimas im Trend der Verkehrssicherheitsarbeit liegt, zeigte auch das diesjährige Motto der länderübergreifenden Aktion **sicher.mobil.leben**. Unter Federführung der Polizei Berlin beteiligte sich auch Niedersachsen am 26.09.2023 an diesem Aktionstag. Landesweit kontrollierten mehr als 550 Beamtinnen und Beamte an über 160 Orten rund 11.500 Fahrzeuge aller Art und stellten bis zu 3.000 Verstöße fest. Neben dem Engagement an diesem Aktionstag hat Niedersachsen ebenso eine Partnerallianz mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) zu dessen bundesweiter Kampagne **#mehrAchtung** geschlossen. Die Polizei ist gemeinsam mit mehr als 50 Partnern Teil der neuen Initiative für mehr Eigenverantwortung auf unseren Straßen. Miteinander statt gegeneinander im Straßenverkehr ist hierbei die Devise. Im Fokus der polizeilichen Arbeit steht weiterhin, den § 1 StVO – eben die gegenseitige Rücksichtnahme – für alle verständlich zu machen sowie mit Leben zu füllen. So können alle Verkehrsteilnehmenden zu **#mehrverkehrssicherheit** auf den Straßen in Niedersachsen beitragen.

Franziska Santhirlingnam



AUS „SAFIR“ WIRD „EFBS“



Niedersachsen wechselt sein Fallbearbeitungssystem

Im Kontext der stufenweisen Einführung des PIAV wurde vom BKA ein Fallbearbeitungssystem (FBS) entwickelt, was anschließend über das Programm Polizei 20/20 (alle Info's zum Programm unter dem Blog P20 auf PSN Null 1|5) zu einem einheitlichen FBS (eFBS) weiterentwickelt wurde. Zwischenzeitlich wird dieses eFBS den Ländern zur Nutzung angeboten. Aktuell nutzen das eFBS das BKA, die BPol sowie die Länder Brandenburg, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg.

Niedersachsen hat sich Anfang des Jahres 2023 für eine Ablösung des niedersächsischen FBS SAFIR durch das eFBS entschieden. Das Gesamtprojekt für die länderseitigen eFBS-Wechsel wird vom BKA geleitet, den niedersächsischen Wechsel verantwortet das LKA NI. Das Einführungsprojekt in Niedersachsen besteht aus neun festen Mitarbeitenden des LKA NI und der ZPD NI sowie temporären Unterstützungskräften aller Polizeibehörden sowie des IT.N.

Insgesamt wird für die FBS-Nutzenden nur sehr wenig Umgewöhnung erforderlich sein, da es sich beim eFBS um dieselbe Grundsoftware der Firma rola wie bei SAFIR handelt, nämlich rsCase.

Für die Nutzenden wird neben der Produktivumgebung auch eine Schulungsumgebung zur Verfügung stehen. Daneben zeichnen sich deutliche Anwendungszugewinne ab: Durch den Einsatz einer

aktuelleren Schnittstelle zum TKÜ-System wird es im eFBS möglich sein, auch VoIP Daten inklusive der dazugehörigen Audiodateien automatisch in das eFBS zu übertragen. Es wird nicht mehr erforderlich sein, diese Informationen manuell einzupflegen. Somit werden sich die Übertragungsmöglichkeiten ungefähr vervierfachen.

Die Wirkbetriebsaufnahme des eFBS ist für Niedersachsen am 24.11.2023 geplant. Sämtliche SAFIR-Daten werden ins eFBS übertragen (Ausnahme: Aufträge bzw. Meldungen). Um die Migration der Daten und die erforderlichen administrativen Einrichtungen vornehmen zu können, ist zuvor eine knapp einwöchige Downtime erforderlich. Während des überwiegenden Teils der Downtime wird SAFIR weiterhin lesend zur Verfügung stehen. Es werden jedoch keine Änderungen an den vorhandenen Daten oder Neuerfassungen möglich sein.

Nach dem erfolgten Wechsel ins eFBS wird SAFIR abgeschaltet. Die SAFIR Protokolldateien können jedoch bis Ende 2024 weiterhin über die Zentralstelle SAFIR/eFBS bei Bedarf abgefragt werden.

Die Zentralstelle SAFIR im Dezernat 61 des LKA NI wird mit dem Beitritt zum eFBS ihren Namen in „Zentralstelle eFBS“ abändern. Die Erreichbarkeiten der Zentralstelle SAFIR/eFBS bleiben bestehen. Eine neue E-Mail-Erreichbarkeit wird rechtzeitig kommuniziert. Der bislang geleistete Serviceumfang für die Anwendenden bleibt vollumfänglich erhalten.

Durch eine dauerhafte Mitarbeit des LKA NI im P20-Projekt eFBS erwarten die Zentralstelle eFBS darüber hinaus neue, spannende Aufgaben im Kontext der länderübergreifend genutzten Anwendung.

Stefan Wulferding-Paßmann

➔ Weitere Informationen zum Thema finden sich auch in null1|5 unter:

Wiki:

<https://intra.psn.polizei.niedersachsen.de/psn-wiki/show/safir>

Blog der Zentralstelle SAFIR/eFBS:

<https://intra.psn.polizei.niedersachsen.de/foren-und-blogs/view/safir-0>

Blog des Projekts FBS-Wechsel:

https://intra.psn.polizei.niedersachsen.de/foren-und-blogs/view/safir_-_efbs_wechsel_des_fallbearbeitungssystems_fbs_





Foto: Dr. Bernd Bürger

Dr. Bernd Bürger

GENERATION Z – Z WIE ZUKUNFT:

Verstehen einer oft missverstandenen Generation

Unser Gesellschafts- und Arbeitsleben durchläuft einen stetigen Wandel mit vielen Herausforderungen. Eine wesentliche Veränderung ist wohl, dass wir heute beim Betreten von Dienststellen überwiegend Kolleginnen und Kollegen begegnen, die zwischen 20 und 30 Jahre alt sind. Der Generationswandel ist für uns alle deutlich wahrnehmbar und ein Dauerthema, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

Doch welche Herausforderungen bringt dieser für unsere Organisation mit sich? Wir haben alle bereits viel über die „typischen“ Eigenschaften von Menschen der Generation Z gelesen oder gehört. Die PD Braunschweig griff das Thema darauf aufbauend erneut mit einem Vortrag vom Wissenschaftler und Polizisten, Dr. Bernd Bürger, von der bayerischen Polizei auf und setzte sich damit im Rahmen einer Führungskräfte-tagung im September unter diversen Blickwinkeln auseinander. Neben den 80 Führungskräften der PD Braunschweig waren 200 weitere Kolleginnen und Kollegen, auch aus anderen Behörden, online zugeschaltet.

In seinem Vortrag brachte Dr. Bürger Beispiele aus seiner praktischen Erfahrung mit Mitarbeitenden der „Generation Z“, die er zuletzt als langjähriger Kommandant des Unterstützungskommandos der bayerischen Bereitschaftspolizei (USK) sowie als stellvertretender Leiter der Bereitschaftspolizeiabteilung in Dachau machte.

Wo gibt es also Möglichkeiten, wo gibt es Grenzen? Für Dienst- und Fachvorgesetzte, die für die direkte Führung der so-

genannten „Zler“ im Polizeidienst verantwortlich sind, stehen laut Dr. Bürger große Veränderungen im Bereich Führungsstil an. Nahezu jeder „Zler“ sei virtuell auf mehreren Social-Media-Kanälen aktiv und poste dort Fotos, Videos oder hinterlasse Kommentare. Grundsätzlich könne man diese Tätigkeiten laut Bürger als reine „Privatsache“ einstufen, doch sei es fraglich, ob dies wirklich auch für die unbedarften Lesenden dieser Postings klar ersichtlich sei. Mittlerweile sei die Grenze zwischen Privat- und Dienstperson stark verschwommen.

Die „Zler“ stellten laut Dr. Bürger Forderungen an die Arbeitswelt, die auf dem Wunsch nach einer ausgewogeneren Work-Life-Balance basierten. Im Gegensatz zu älteren Generationen, die oft übermäßig viel Zeit bei der Arbeit verbringen würden, sei für sie mehr Zeit mit Familie und Freunden wichtig. Dies könne dazu beitragen, die übermäßig leistungsorientierte Arbeitskultur der vorherigen Generationen zu verändern.

Um diesen Wandel zu ermöglichen, rät Dr. Bürger der Polizei, neue Arbeitszeitmodelle in Erwägung zu ziehen. Obwohl

die Sicherheitsdienste rund um die Uhr erbracht werden müssten, seien flexible Modelle wie voraussetzungslose Teilzeitarbeit, mehr Urlaubstage gegen geringere Gehälter und die Möglichkeit zur Wahl der Arbeitszeiten mögliche zukünftige Arbeitszeitmodelle. Dafür seien jedoch intelligente Personaleinsatzkonzepte erforderlich sowie möglicherweise eine Aufstockung des Personals.

Für Dr. Bürger ist ein entscheidender Faktor für den Erfolg dieses Wandels eine anerkennende und wertschätzende Führung. Die jüngere Generation sei weniger bereit, unter „schlechten“ Vorgesetzten zu arbeiten und tendiere eher zu einer Kündigung. Daher sollten Führungskräfte aus seiner Sicht mehr Zeit investieren, um ihre jungen Mitarbeitenden zu coachen, zu unterstützen und konstruktive Kritik zu geben. Es sei von hoher Bedeutung, dass Führungskräfte eine positive Führungskultur schaffen, die auf Anerkennung und Wertschätzung basiert. Dies trage nicht nur dazu bei, die jüngere Generation in der Arbeitswelt zu halten, sondern komme auch den älteren Generationen zugute.

Jonas Brockfeld



Veranstaltungsteam der PD OS.

Foto: PD OS

RECRUITING 2.0: OSNABRÜCK STARTET NEUES EVENT

„Tough like a cop! Hast Du das Zeug dazu?“

In der heutigen Zeit, in der der Mangel an Fachkräften weitreichende Herausforderungen mit sich bringt, ist auch die Polizei von einem Personalmangel potentiell betroffen. Die Polizeidirektion Osnabrück hat jüngst einen innovativen Ansatz gewählt, um mehr junge Menschen für den Polizeiberuf zu gewinnen.

Mit der erstmaligen Durchführung des Events „Tough like a cop! Hast Du das Zeug dazu?“, hat die PD Osnabrück Ende September 2023 eine neue Rekrutierungsinitiative gestartet. Die Veranstaltung fand auf dem Gelände des Osnabrücker Sportclubs (OSC) statt – stolze 3.000 Besucherinnen und Besucher kamen.

Indem potenzielle Bewerberinnen und Bewerber an dem sonnigen Samstag die Polizeiarbeit aus erster Hand erleben konnten, wurde sicherlich auch das Bewusstsein für die vielfältigen Facetten dieses Berufs geschärft. Viele junge Menschen nahmen an den sportlichen Aktivitäten teil. Auch der Bereich Aus- und Fortbildung sowie weitere Organisationseinheiten stellten ihre Arbeit vor. Vorführungen der Diensthunde rundeten den Tag ab. „Wir haben viele junge Menschen für unseren tollen Beruf begeistert, der absolut zukunftsfähig ist. Es freut mich,

wenn viele die Frage des Tages; „Tough like a cop!“? mit „Ja“ beantworten konnten und sich im nächsten Durchgang bei uns bewerben“, so Andrea Menke, Vizepräsidentin der Polizeidirektion Osnabrück. Resümierend kristallisierten sich durch das Event drei entscheidende Vorteile heraus: Erstens: 120 Bewerberinnen und Bewerber konnten den Sporttest vor der eigenen Haustür absolvieren und müssen dafür nicht nach Hann. Münden reisen. Zweitens: Interessierte konnten im Übungssporttest ihren aktuellen Trainingsstand prüfen um zu wissen, ob sie schon fit genug für den Polizeisporttest sind oder nicht. Drittens: Dank der „Blaulicht-Meile“ ermöglichte der Tag für Jung und Alt einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Polizei und anderer Institutionen, und trägt darüber hinaus zu mehr Vertrauen und Wertschätzung in die polizeiliche Arbeit bei. Ein herzliches Dankeschön für die Umsetzung dieser gelungenen Veranstaltung geht an alle Beteiligten.

Malte Hagsphil



PD OSNABRÜCK GEHT NEUE WEGE

Virtuelle Berufsinformation

Wie schaffen wir es, interessierte Schülerinnen und Schüler, Eltern oder Lehrerinnen und Lehrer regional und überregional über den Polizeiberuf zeitgemäß zu informieren? Aufbauend auf dieser Frage, entstand im Team der Regionalisierten Einstellung der Polizeidirektion Osnabrück die Idee einer virtuellen Berufsinformation. Die Zielgruppen sollten die Möglichkeit bekommen, ohne großen Aufwand an einer Veranstaltung des Nachwuchsbereichs der Polizei teilzunehmen – bequem von zuhause, ohne Fahrwege und Kosten.

Im März fand daraufhin die erste digitale Veranstaltung statt. Dafür erhielten die Schulen in der Polizeidirektion Osnabrück eine Einladung per E-Mail, zudem wurde per Pressemitteilung, über die Social Media Kanäle sowie die Veranstaltungsseite der Homepage www.polizei-studium.de großflächig Werbung gestreut. Mit Erfolg, die Resonanz war groß.

Zum Ablauf: Allgemein erhalten die Interessierten nach vorheriger Anmeldung einen Link für die Veranstaltung auf der Plattform BigBlueButton Greenlightversion. Vorteil hierbei ist, dass die Installation einer Software nicht notwendig ist. Die Polizeibeamtinnen Nadine Kluge-Gornig und Sarah Gebbiken vom Team Regionalisierte Einstellung der Polizeidirektion Osnabrück stellen in der ca. zweistündigen Veranstaltung den Polizeiberuf, das Studium und das Einstellungs- und Auswahlverfahren vor und beantworten live die Fragen der Teilnehmenden. Das Interesse an der virtuellen Berufsinformation war bei den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern und Lehrenden groß, und das Feedback sehr positiv. Seitdem bietet die PD Osnabrück diese digitale Beratung monatlich an. Das neue Format wurde erst kürzlich auch bei einer PVP-Tagung vorgestellt.

Seit Juli wird die Veranstaltung in ganz Niedersachsen beworben und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus den anderen Behörden sind virtuell anwesend. So gelingt es insbesondere regionale Nachfragen schnell zu beantworten und Kontakte zu Interessierten zu knüpfen. Gemeinsam ist das Team in der virtuellen Veranstaltung das Sprachrohr für die Polizei Niedersachsen. Insgesamt wurden in den bislang sechs Veranstaltungen mehr als 350 Accounts mit mehr als 500 Interessierten erreicht. Die weiteren Termine in diesem Jahr: 21. November und 19. Dezember.

Sarah Gebbiken



Sarah Gebbiken und Nadine Kluge-Gornig (v. l.), die die virtuelle Berufsberatung ins Leben gerufen hatten.

Foto: Sarah Gebbiken/PD OS



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung.

Foto: PD Osnabrück

GAA-SPRENGUNGEN:

Osnabrücker Fachtagung im Dreiländereck

In einer zweitägigen Veranstaltung der Polizeileitstellen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden ging es um die Optimierung und den Erfahrungsaustausch der grenzüberschreitenden Einsatz- und Fahndungsmaßnahmen nach Geldautomatensprengungen. Fazit: Ein sehr wertvoller Austausch für alle Beteiligten.

Am 29./30.08.2023 fand die erste vom EU-Projekt „LUMEN“ organisierte Fachtagung im Kontext der Bekämpfung von GAA-Sprengungen statt. Unter der Überschrift „Polizeileitstellen im Dialog – GAA-Sprengungen im Fokus“, kamen auf Einladung der PD Osnabrück zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Leitstellen aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, den Niederlanden und der Bundespolizei in Osnabrück zusammen. Schwerpunkte der Tagung waren der Informationsaustausch, das Netzwerken sowie die Anpassung gemeinsamer Einsatz- und Fahndungsmaßnahmen nach Geldautomatensprengungen. Am ersten Tag sprachen die Polizeivizepräsidentin der Polizeidirektion Osnabrück, Andrea Menke, und der Leiter der Leitstellen der Polizeidirektion Osnabrück, POR Christian Schulze, Grußworte. Beide betonten die enorme Wichtigkeit von schneller und präziser Koordination grenzüberschreitender Einsatzmaßnahmen der Polizeileitstellen nach GAA-Sprengungen. „Je besser wir länderübergreifend vernetzt sind, umso größer die Wahrscheinlichkeit, unmittelbar nach einer Sprengung erfolgreich zu sein“, konstatierte Andrea Menke. Auch die Einsatzmaßnahmen der „BAO BEBRA“ wurden durch Kollegen des zuständigen PP Bielefeld vorgestellt und kritisch im Plenum diskutiert. Darüber hinaus standen Fachvorträge zu den Themen Fahndungskonzepte in Niedersachsen, verdeckte

Detektionssysteme, ANPR (Kennzeichenlesesysteme NL) und ENLETS (Messenger-Dienste) im Mittelpunkt der Tagung. Die Fachvorträge machten deutlich, wie breit und gut, aber auch wie unterschiedlich die teilnehmenden Behörden aufgestellt sind. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden von allen Teilnehmenden als sehr wertvoll bezeichnet. Die Tagung wurde organisiert und ausgerichtet vom Projektbüro LUMEN-ATM der PD Osnabrück. Für das Jahr 2024 ist bereits die nächste avisiert.

Marco Ellermann



v. r. n. l.: PVPin Andrea Menke, POR Christian Schulz, EKHK Dietmar Statkus (Stellv. Leiter Leiter Dez. 12), Sean Blaney (Sachbearbeiter Leitstelle).

NATIONALMANNSCHAFT DER POLIZEI

Triumph im Mutterland des Fußballs

Der Hannoveraner Holger Schwabe betreut als Teamchef die Männer- und Frauen-Nationalmannschaft der Polizei. Im Juli holte er seinen dritten Titel an der Seitenlinie, zweimal siegte er als Spieler.

Mit großen Sorgenfalten auf der Stirn blicken Fußballfans aus ganz Deutschland aktuell auf die Verfassung sowohl der deutschen Männer-Nationalelf als auch auf die Damen-Mannschaft. Denn zuletzt erwiesen sich die Teams als wenig erfolgreich und mussten bei Turnieren, bei denen die Nationalmannschaften traditionell stets zum Kreis der Titelaspiranten zählen, früh ihre Heimreisen antreten. Ganz anders stellt sich die Situation bei der deutschen Polizeinationalmannschaft im Fußball dar – auch dank des Zutuns von Holger Schwabe aus der Polizeidirektion Hannover.

Der Polizeihauptkommissar aus Hannover-Limmer fungiert seit vielen Jahren als Bundesfachwart für Fußball und konnte erst im Juli 2023 erneut triumphieren: Ausgerechnet im Mutterland des Fußballs sicherte sich die von Holger Schwabe betreute deutsche Polizeinationalmannschaft dank eines 4:1-Finaltriumphs gegen England den EM-Titel. Für Schwabe war dies nicht der erste Titel, sondern der mittlerweile fünfte – der Teamchef konnte sich bereits im Jahr 2018 mit den Männern und 2022 mit den Frauen zum Europameister küren. Zweimal, in den Jahren 1998 und 2002 holte er als Spieler den Sieg.

Ob der krisengeschüttelte DFB angesichts dieser Erfolge bereits hellhörig wurde? „Tatsächlich stand ich mit dem DFB in der Vergangenheit mehrfach in Kontakt“, erzählt Schwabe.

„Da ging es aber darum, dass uns Oliver Bierhoff oder die Frauen-Nationaltrainerin Martina Voss-Tecklenburg zu unseren Erfolgen gratulierten“, klärt er auf.

Dass es auf dem Rasen so gut läuft, lässt sich bei den Männern unter anderem mit dem richtigen Teamspirit erklären. Die Nationalelf besteht aus einem bunt zusammengesetzten Haufen von Polizeibeamten aus Landes- und Bundespolizei sowie Bundeskriminalamt aus der ganzen Republik. Anders als beim DFB, wo die Bayern zumeist einen festen Block stellen, ist die Polizei-Elf gut durchmischt. „Es gibt auch ein paar ehemalige Profis, die natürlich ihre Erfahrung ausspielen können“, erzählt Schwabe. In dieser Hinsicht läuft es bei den Damen übrigens super professionell. „Alle Spielerinnen kicken in der ersten oder zweiten Liga, was von Vorteil ist.“

Den nächsten Titel peilt Schwabe, der als Nationalspieler im Jahr 2003 sein Abschiedsspiel gegen die Profis von Werder Bremen im Weserstadion bestritt, übrigens schon im übernächsten Jahr an. „Die Frauen-EM 2025 soll dann im Raum Vechta stattfinden“, sagt Schwabe. Dank des Heimvorteils wird es definitiv wieder ein besonderes Turnier.

Michael Bertram



Foto: PD H

„Holger Schwabe – Stand mehrfach in Kontakt mit dem DFB“.



Polizeiliche deutsche Nationalelf.



V. l. n. r. Alexander Schaub, Leiter des Staatlichen Baumanagements Hannover, LKA-Präsident Friedo de Vries, Innenministerin Daniela Behrens, Finanzminister Gerald Heere und Michael Nusser, hauptverantwortlicher Architekt.

Foto: Sonja Lange/LKA Nds

KRIMINALTECHNISCHES INSTITUT (KTI) DES LKA

Spatenstich für den Neubau des KTI

Land Niedersachsen investiert 155 Mio. Euro / Gebäude erfüllt höchste Ansprüche.

Tatkräftiger Einsatz für eine hochmoderne Polizeiarbeit:

Daniela Behrens, Ministerin für Inneres und Sport, Gerald Heere, Finanzminister, Friedo de Vries, Präsident des LKA Niedersachsen, Alexander Schaub, Leiter des Staatlichen Baumanagements Hannover, und Michael Nusser, hauptverantwortlicher Architekt, griffen am 21.08.23 zum Werkzeug und setzten gemeinsam den ersten Spatenstich für den Neubau des Kriminaltechnischen Instituts (KTI) des LKA Niedersachsen. In den kommenden vier Jahren soll im rückwärtigen Bereich des LKA-Hauptsitzes „Am Waterlooplatz“ in Hannover das modernste Kriminaltechnische Institut Deutschlands entstehen. Mit rund 155 Millionen Euro, zuzüglich 17 Millionen Euro für die Herrichtung der Infrastruktur und Außenanlagen, zählt das KTI zu den größten Bauvorhaben in Niedersachsen.

Der Neubau war nötig geworden, da die Räumlichkeiten und die technische Ausstattung am derzeitigen Standort des KTI an der Schützenstraße in Hannover den Anforderungen an eine moderne Polizeiarbeit nicht mehr gerecht werden. Das neue KTI wird Platz für mehr als 420 Labore bieten und einige Besonderheiten aufweisen. Nach Fertigstellung wird es beispielsweise über einen Röntgenraum, einen Faradayschen Käfig, ein Wasser-Beschussbecken, eine Halle zur Bedampfung von u. a.

PKW und ein Schulungszentrum mit Tatortwohnung verfügen.

„Dieser Spatenstich ist für die Mitarbeitenden des LKA ein Glückstag“, sagt Friedo de Vries, Präsident des LKA Niedersachsen. Ihm gingen mehr als 20 Jahre Planungen und Hoffnungen voraus, die sich nun erfüllen. „Der Neubau wird eines der modernsten KTI in Deutschland sein und den Mitarbeitenden, die einen unverzichtbaren, wesentlichen und wertvollen Beitrag für die Aufklärung von Straftaten leisten, ein ebenso professionelles Arbeitsumfeld bieten. Das KTI ist ein wesentlicher Baustein in der Sicherheitsarchitektur. Im Grunde entsteht mehr als ein Gebäude – hier entsteht eine Maschine, die, wenn die Mitarbeitenden sie mit Leben füllen, in der Lage ist, hohen Ansprüchen an die Kriminaltechnik gerecht zu werden“, sagt de Vries. Bis die „Maschine“ ihren Betrieb Ende 2027 aufnimmt, gibt es noch viel zu tun. Das Staatliche Baumanagement Hannover baut sechs Geschosse mit einer Gesamtfläche von mehr als 21.000 Quadratmetern Fläche und zwei Innenhöfen (grüner Innenhof und Garagenhof). Im Inneren werden zusätzlich zu den Laboren rund 450 Räume entstehen, die unter anderem Platz für moderne und zeitgerechte Arbeitsplätze vorsehen. Auch über 2.000 Quadratmeter Asservaten- und Lagerfläche sind eingeplant. Dafür müssen im Laufe der Bauzeit allein knapp 900 Türen, 80 Toiletten und mehr als 7.000 Steckdosen verbaut werden.

Antje Westermann



3D-Entwurf des LKA-Neubaus.

LSBTIQ-ANSPRECHPERSONEN IN ALLEN POLIZEIDIREKTIONEN

18 Menschen, ein Thema

Seit 2007 gibt es polizeiliche Ansprechpersonen für LSBTIQ im Nebenamt. Neben der zentralen Landeskoordination gibt es inzwischen sieben neue Ansprechpersonen für den Themenbereich in der Polizei Niedersachsen.

Die Ansprechpersonen LSBTIQ bilden nach außen die wichtige Schnittstelle für Bürger*innen, die queerfeindliche Hasskriminalität erlebt haben und einen vertrauensvollen Kontakt zur Polizei suchen. Außerdem leisten sie durch ihre lokale Arbeit einen wichtigen Beitrag und repräsentieren die Polizei auch in der Öffentlichkeit, wie beispielsweise beim Christopher-Street-Day, mit einem Präventionsstand oder in den sozialen Medien. Wer interne Konflikte, Diskriminierung oder Ungleichbehandlung erfährt, wird vertrauensvoll von den Ansprechpersonen beraten und unterstützt. Sie vermitteln zudem wichtiges Wissen für die Organisation, fördern Transparenz und Akzeptanz.

Wie agiert man in bestimmten Situationen rechts- und handlungssicher, wie erkenne ich das queerfeindliche Tatmotiv, welche Maßnahmen sind bei queerfeindlicher Hasskriminalität unbedingt zu beachten und wie gehe ich am besten mit geschlechtlicher Vielfalt im Dienst (-alltag) um? Im Jahr 2020 wurde die erste hauptamtliche AP-Funktion mit der Landeskoordination installiert. Von 2018 bis 2023 war Leon Dietrich für 4 Behörden (PD Hannover, ZPD NI, PA NI, LKA NI) in dieser Doppelfunktion zuständig. Bei mehr als 10.000 Mitarbeitenden, einem internen und externen umfangreichen Arbeitsfeld und der landesweiten Koordination, waren die vergangenen

drei Jahre sehr bewegend, herausfordernd und natürlich auch erfolgreich, was u.a. auch die jüngste Aufstockung von 10 auf 17 AP LSBTIQ und weitere kommende Veränderungen betrifft. Mit Blick in die Zukunft kann sich Leon Dietrich nun mehr auf die Landeskoordination fokussieren und sein lebendiges, zukunftsorientiertes Aufgabenfeld. Hierbei geht es unter anderem um die umfangreiche Netzwerkpflge, landeseinheitliche Konzeptionierungen, Unterstützung/Koordinierung AP LSBTIQ in Niedersachsen, Vertiefung und Sichtbarkeit der landesweiten Medienarbeit sowie der strategischen Beratungen zum Themenfeld Diversität und LSBTIQ und vieles mehr.

Leon Dietrich freut sich über den neuen AP-LSBTIQ-Zuwachs mit Sabrina Häusler und Henrike Aschemann (PD Hannover), Angelina Fuchs und Tim Juraske (LKA NI), Julian Konior und Lara Dudda (ZPD NI) sowie Richard Lemke (PA NI) und auf eine gute Zusammenarbeit mit dem gesamten AP-LSBTIQ-Team der Polizei Niedersachsen.

Leon Dietrich

➔ Weitere Informationen zu allen AP LSBTIQ und deren Aufgaben finden Sie bei Instagram und Facebook unter: [polizei.niedersachsen.lsbtiq](https://www.instagram.com/polizei.niedersachsen.lsbtiq)



LK: Leon Dietrich



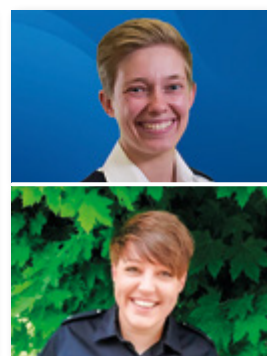
LKA: Angelina Fuchs und Tim Juraske



ZPD: Lara Dudda und Julian Konior



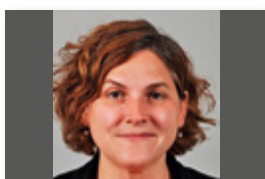
PD H: Sabrina Häusler und Henrike Aschemann



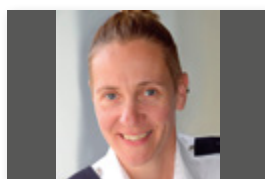
PD BS: Paula Wurps und Victoria Rückleben



PD OS: Jana Friedrich und Dustin Brandt



PD OL: Angela Waschull und Julian Stricker



PD LG: Stephanie Scholl und Jan Blech



PD GÖ: Christin Milius und Tim Rinne



PA: Richard Lemke

POLIZEI NIEDERSACHSEN

Einsatzkarte

Fliegen, Radfahren, Steigen – Fieldservice der ASDN auf Wangerooge

Eine Richtfunkstörung am Leuchtturm auf Wangerooge hatte für unsere Kollegen Olaf Hertel und Lars-Ole Peterson aus der ASDN eine Dienstreise der besonderen Art mit Hubschrauber und Fahrrad zur Folge.

Hier geht's zum kompletten Beitrag in null 1|5:

<https://intra.psn.polizei.niedersachsen.de/search/overview/?q=asdn>



Lars-Ole Peterson und Olaf Hertel (beide ASDN-VD)

Rentnerin dreht den Spieß um und führt Betrüger an der Nase herum

Oldenburg. Das hat sich der 56-jährige Abholer eines SäM-Delikts (Straftaten zum Nachteil älterer Menschen) ganz bestimmt anders ausgemalt: Statt Bargeld gab es im September für ihn vor der Haustür seines vermeintlichen 81-jährigen Betrugsopfers eine Festnahme durch Kolleginnen und Kollegen aus Oldenburg. Der Abholer rechnete nicht damit, dass die clevere Rentnerin nach dem ersten „Keiler“-Anruf die echte Polizei verständigt und dann eine Polizeibeamtin die weiteren Anbahnungs-Telefonate mit dem Keiler führte. Die Masche des Keilers war es im Übrigen, der Rentnerin als vermeintlicher Bankmitarbeiter weismachen zu wollen, dass ihr Ersparnis unverzüglich in Sicherheit gebracht werden müsse. Er merkte dabei nicht, dass er mittlerweile mit der Polizei telefonierte und eine fingierte Übergabe des Ersparnis eingefädelt wurde. Für den Abholer erfolgte schließlich die Festnahme.

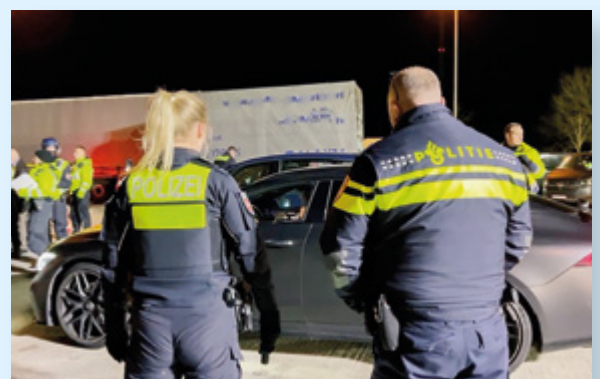


Reiß aus für „Kalle“ – eine Schildkröte auf Abwegen und mit Freiheitsdrang

Delmenhorst. Eine ungewöhnliche Rettungsaktion hatten im August Kolleginnen und Kollegen des PK BAB Ahlhorn. Aufmerksame Verkehrsteilnehmer meldeten über den Notruf, dass auf dem Beschleunigungstreifen der Anschlussstelle Groß Ippener eine Schildkröte sitzen würde. Die Meldung traf tatsächlich zu. Das 20cm große Tier wurde dann „in Schutzgewahrsam genommen“ und im weiteren Verlauf einer Wildtierauffangstation übergeben. Nachdem der kuriose Sachverhalt medial über polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit publik gemacht wurde, meldete sich kurze Zeit später die Besitzerin. Ihr zufolge hat die Schildkröte namens „Kalle“ Beziehungsprobleme mit seiner Partnerin und gilt seitdem als notorischer Ausbrecher. Bei früheren Ausflügen ist Kalle allerdings immer in der Nähe geblieben.

Länderübergreifende Kontroll- und Fahndungsaktion

Vom 24. – 27. September fanden bundesweit Verkehrskontrollen zur Bekämpfung von Geldautomatensprengungen statt. Koordiniert durch das LKA Niedersachsen nahmen auch zahlreiche Einsatzkräfte der Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim in der Grenzregion zu den Niederlanden teil. Auch das Grenzüberschreitende Polizeiteam, die Polizeidiensthunde und weitere Einheiten kamen drei Nächte lang zum Einsatz.





Arbeitsplatz mit Aussicht

Eine Großdemo gegen den Ausbau des Südschnellwegs

Eine Großdemo gegen den Ausbau des Südschnellwegs in Hannover haben zahlreiche Einsatzkräfte der Polizei am 01.10. abgesichert. Rund 3.800 Person protestierten gegen die Verbreiterung der Verkehrsader und die damit verbundenen geplanten Rodungen von Bäumen in der Leinemasch. Am Rande der Versammlung besetzten mehrere Dutzend Personen Baumaschinen. Die Maßnahmen zu Identitätsfeststellungen zogen sich bis in die späten Abendstunden.



Feuerwehr und Polizei gemeinsam als Cowboys im Einsatz – ein nicht alltägliches Erlebnis!

Mit gemeinsamen Kräften gelang es 14 Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Hohegeiß und unseren Kollegen aus Braunlage eine Kuh in höchster Not zu retten. Das Tier war im schlammigen Untergrund einer Wiese versunken und konnte sich nicht aus eigenen Kräften befreien. Mit vereinten Kräften gelang es, die Kuh aus dem Matsch herauszuziehen. Offensichtlich froh über die wiedergewonnene Freiheit, lief sie anschließend munter über die Weide.



Zigarettenautomat mit PKW von einer Wand gerissen

Am frühen Morgen des 6. September wurden Anwohner in Hessisch Oldendorf unsanft aus dem Schlaf gerissen, alarmierten jedoch erst deutlich später die Polizei: Zunächst unbekannte Täter nutzten einen PKW, um mit Spanngurten einen Zigarettenautomaten von einer Hauswand zu reißen und diesen anschließend ca. 750m in einen abgelegenen Feldweg zu schleifen. Dort brachen sie ihn zunächst ungestört auf, entwendeten die Zigaretten sowie das Bargeld und flüchteten. Nachdem eine Zeugin zunächst einige Dorfbewohner informierte, erhielt die Polizei erst einige Stunden später Kenntnis von der Tat. Den Schleifspuren auf dem Asphalt folgend konnten die Einsatzkräfte den Automaten jedoch schnell ausfindig machen. Mit Hilfe von Zeugen konnten zudem drei Beschuldigte im Alter von 17 und zweimal 19 Jahren ermittelt werden.

20. OBERSTUFENLEHRGANG, START OKTOBER 1971

Polizei-Veteranen bleiben auf Kurs

Nach 52 Jahren trafen sich im September zum wiederholten Male Angehörige des 20. Oberstufenlehrgangs in Bad Münster.

Eingeladen hatte in sein heimatliches Umfeld Lehrgangskamerad Dr. Dietrich Weiß. Der Zusammenhalt dieser Truppe war schon von Anbeginn beispielgebend, denn man traf sich schon während der Beschulung mit Ehefrauen völlig zwanglos in gemütlichen Runden. Auch nach Abschluss der dreijährigen Ausbildung riss dieser Kontakt niemals ab, obwohl es manche quer durch Niedersachsen und nach der Wende sogar nach Sachsen-Anhalt verschlug.

Bei den bisher rund 30 Treffen lernte man neben Hann.Münden, Hannover, Celle, Soltau, Papenburg, Wolfsburg, Wolfenbüttel, Braunschweig, Peine, Wilhelmshaven, Hildesheim auch Magdeburg, Stendal und Gardelegen

kennen. Inzwischen genießen alle der ehemals 24 Lehrgangsteilnehmer den verdienten Ruhestand, sechs Kameraden sind leider bereits verstorben, und einige können infolge ihres Gesundheitszustandes nicht mehr an den Treffen teilnehmen. Sie nehmen aber regen Anteil am weiteren Gruppengeschehen.

Beim 2023-Treffen erlebten die Teilnehmer eine phantastische Führung durch das Deisterstädtchen unter Einbeziehung des Kurparks. Im Hotel „Kastanienhof“ musste nach dem Essen der traditionelle „Erfahrungsaustausch“ ein wenig warten: Lehrgangskamerad Dr. Weiß hatte noch einen sehenswerten Film mitgebracht, der sehr eindrucksvoll die „Ausbildungszeit von Polizeianwärtern

an der LPSN Hann. Münden 1956-1957“ zum Inhalt hatte. Fast alle von uns hatten etwas später den in dem Streifen gezeigten Ausbildungsgang in mitunter kaum abgeschwächter Form noch erleben dürfen. Auch die meisten Akteure waren vielen von uns noch persönlich bekannt. Wenn alles auch aus der damaligen Zeit zu werten ist, so stimmt es doch erfreulich, dass diese Art der Ausbildung heute längst der Vergangenheit angehört! Und darin waren sich alle Anwesenden einig.

Mit dem festen Vorhaben eines erneuten Treffens ging es am darauffolgenden Tag wieder nach Hause. Anmeldungen nehmen schon jetzt Bodo Hollemann und Klaus-Dieter Meyer entgegen.

Im Namen des 20. OL / Klaus-Dieter Meyer



v. l.: Harry Döring, Wolfgang Mertha, Lothar Bock, Hans-Joachim Bogner, Wolfgang Rose, Dr. Dietrich Weiß, Bodo Hollemann, Wilfried Pabst, Hartmut Maaß, Klaus-Dieter Meyer.

Foto: Klaus-Dieter Meyer

BLUTSPENDEAKTION IN DER PD LÜNEBURG

Gemeinsam können wir Leben retten!

Am 17. August 2023 führte die Polizeidirektion Lüneburg – in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz – erstmalig eine groß angelegte Blutspendeaktion durch.

100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der örtlichen Polizeidienststellen sowie der im Behördenzentrum „Auf der Hude“ ansässigen Institutionen spendeten insgesamt rund 50 Liter Blut. Darüber hinaus registrierten sich knapp 20 Personen als Stammzellspender.

Polizeipräsident Thomas Ring dazu:
„Blutkonserven retten Leben. Daher ist jede Blutspende wichtig. Ich bin sehr

erfreut über die Blutspendeaktion in der Polizeidirektion Lüneburg. Die Polizeiangehörigen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der anderen Behörden im Behördenzentrum haben einen hervorragenden Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.“

Eine durchweg gelungene Aktion, die in Zukunft sicherlich wieder durchgeführt wird!

Tarek Gibbah



Foto: PD Lüneburg

FERNFAHRERSTAMMTISCH

Seit 20 Jahren an der A1

Am Samstag, 12. August 2023, feierte der Fernfahrerstammtisch an der A 1 seinen 20. Geburtstag. Das lockte hunderte Besucherinnen und Besucher an die Raststätte Ostetal Süd (Sittensen) – eine Kraftfahrerin reiste mit ihrem Mann sogar extra aus Bayern an.

Durch die sogenannten Fernfahrerstammtische soll das Verhältnis zwischen Polizei, anderen Kontrollbehörden und den Lkw-Fahrerinnen und -Fahrern sowie den Unternehmern verbessert werden. Die Stammtische bauen Vorbehalte und Ängste gegenüber der Polizei ab, sprechen sicherheitsrelevante Themen an und ermöglichen einen Austausch auf Augenhöhe.

Im November 2002 wurde der erste Fernfahrerstammtisch in der PD Lüneburg durchgeführt, damals noch auf der Rastanlage Hollenstedt an der A 1. Jetzt, über 20 Jahre später, ist der Stammtisch einer der bekanntesten in Deutschland. Daher ließ es sich Lüneburgs Polizeipräsident Thomas Ring auch nicht nehmen, persönlich vorbeizuschauen. Bei der Jubiläumsfeier konnte man unter anderem einen Lkw-Oldtimer bestaunen, einen nagelneuen Sattelzug inspizieren und sich an verschiedenen Infoständen rund um die Transportbranche informieren.

Die Polizeioberkommissarin Andrea Möller, eine Verantwortliche des Stammtischs, ließ zudem mit alten Bildern und Anekdoten die vergangenen Jahre Revue passieren. Eine rundum gelungene Veranstaltung, die Lust auf mehr macht – auch zukünftig wird der Fernfahrerstammtisch regelmäßig an der A 1 stattfinden.

Tarek Gibbah



Foto: PD Lüneburg

POLIZEI NIEDERSACHSEN

Sportrückblick

21. – 28. Juli –

18. Europäische Polizeimeisterschaft im Fußball der Männer

Vom 21. – 28. Juli fand im englischen Newcastle die 18. Europäische Polizeimeisterschaft (EPM) im Fußball der Männer statt. Mit dabei die deutsche Auswahlmannschaft des DPSK. Leider konnte kein niedersächsischer Spieler teilnehmen, aber unser fünffacher Europameister und Bundes-Fachwart für Fußball, PHK Holger Schwabe von der PD Hannover, reiste zusammen mit der Mannschaft nach England und kämpfte sich mit ihnen ins Finale. Nach drei Siegen und einem Unentschieden holte Deutschland im Spiel gegen die gastgebende Mannschaft mit 4:1 einen weiteren Sieg und somit den Titel „Europäischer Polizeimeister im Fußball 2023“. Die Kollegen erspielten sich bei der EPM aber nicht nur den 1. Platz, auch die Titel „Bester Torschütze“, „Bester Torwart“ und „Bester Spieler“ – alle gingen an die deutsche Mannschaft.



30. August –

Polizei-Landesmeisterschaften im Triathlon in Schleswig-Holstein

Zusammen mit Teilnehmenden aus den Polizeien des Nordverbundes (hierzu gehören HB, HH, NI, MV) nahmen unsere Athletinnen und Athleten am Triathlon in Bad Oldesloe in Schleswig-Holstein teil. Nach 500 m Schwimmen im Poggensee, 23 km Radfahren und 5 km Laufen standen die Siegenden fest, fünf Podiumsplätze erzielten die Kolleginnen und Kollegen der Polizei Niedersachsen. Bei den Männern belegten Julius Pilatus (PD OS) den 1. und Jörn Prenzler (PD H) den 3. Platz. Bei den Frauen war das gesamte Podium mit Kolleginnen der Polizei Niedersachsen besetzt: Platz 3 erzielte Janina Romanowski (PD BS), Platz 2 Marie Schöppy (ZPD NI) und den 1. Platz holte die Triathletin Emily Haase (PD LG). Schleswig-Holstein hat aber zum Glück trotzdem eine Einladung für das kommende Jahr ausgesprochen.



31. August – 8. Niedersächsische Polizeimeisterschaft im Volleyball in Hannover

Am Donnerstag, 31.08. richtete die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD NI) in der Sporthalle am Standort Hannover die Niedersächsischen Polizeimeisterschaften im Volleyball der Frauen und Männer aus. Zeitgleich kämpften auf insgesamt drei Feldern die sechs Mannschaften der Frauen und die sieben Teams der Männer um die Meisterschaftspokale. In diesem Jahr freuten sich über den Titel die Herren die PD Hannover und bei den Damen setzten sich die Kolleginnen der PD Göttingen durch.



13. September – 1. Polizeisporttag

Der Polizeivolkslauf war gestern. Mit neuem Namen und erweitertem Sportangebot startete am 13. September der erste Polizei-Sporttag. Neben den bekannten Disziplinen wurden erstmalig Sanftes- und Power-Yoga angeboten, 19 Dodgeball-Teams kämpften auf den Volleyballfeldern um den Sieg und vom Drei-Meter-Turm sprangen die Kolleginnen und Kollegen um den Titel „POLYMPIASIEGER“. Über 700 aktive Sportlerinnen und Sportler trotzten dem regnerischen Wetter und zwei von ihnen stellten sogar neue Rekorde auf. Zusätzlich hatten die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich direkt vor Ort als Stammzellenspendende bei der DKMS registrieren zu lassen. Insgesamt 31 Registrierungen wurden vorgenommen und an die DKMS übergeben. Die Siegerinnen der Langstrecke (10.000 m) waren Dean Sauthoff (PD BS) und Marie Schöppy (ZPD NI), beide brachen dabei die alten Streckenrekorde. Auch über die nachfolgenden Mittel- (5.000 m) und Kurzstrecke (3.000 m) entschieden die beiden das Rennen für sich und somit wurden beide auch Siegerinnen der „Trifecta-Challenge“. Besonders herausragend ist die Teilnahme von Matthias Toms (ZPD NI) trotz Erblindung am 3.000 m-Lauf und die der Führungsrige an der neuen Lauf-Kategorie „Vorbildlauf“. Insgesamt fünf Führungskräfte nahmen teil, die Polizeipräsidentin der PD Göttingen Tanja Wulff-Bruhn, RDiN Lisa Bode, Leiterin der Abteilung 2 der PD Göttingen und Polizeidirektor Raphael Müller aus der ZPD NI liefen gemeinsam die 3.000 m. Die Mitteldistanz über 5.000 m bestritten die Leiterin des KED der PI Hameln – Pyrmont/Holzminde, EKHKin Heidrun Schäfer und EPHK Hauke Klein, Leiter der PST Bohmte der PD Osnabrück. Mit leicht überarbeitetem Programm startete auch wieder der Functional-Fitness-Contest (FFC). Jan Rabe (PD GÖ) und Melina Froböse (ZPD NI) erzielten hierbei das beste Ergebnis. Auch althergebrachtes durfte aber nicht fehlen. Wie gewohnt nahmen die Nordic Walkenden die Stöcke in die Hand und den traditionellen Swim & Run Contest gewannen Emily Haase (PD LG) und Enrico Burtz (ZPD NI). Am Ende dieses Turniers stand das Team der PD H auf dem Siegerpodest. Den krönenden Abschluss bildeten die POLYMPICS, fünf Kandidaten versuchten mit ausgefallenen Sprüngen vom 3-Meter-Turm den lautesten Applaus zu erzielen. Sieger der POLYMPIONIK wurde Christian Cernak (MI).



17. – 24. September – 16. Europäische Polizeimeisterschaft im Handball der Männer

In diesem Jahr fanden die Europäischen Polizeimeisterschaften im Handball der Männer in Balatonfüred/Ungarn statt. Aus Niedersachsen waren Johannes Kellner (ZPD NI), Bastian Weiß und Joel Wunsch (beide PD H) dabei. Die Auswahlmannschaft des DPSK hat es bis ins Finale geschafft, unterlag aber der dänischen Mannschaft und wurde somit Vizeeuropameister.

24. September – 10. Deutsche Polizeimeisterschaft im Marathon

Jeweils sechs Frauen und Männer der Auswahlmannschaft Niedersachsens starteten am 24.09.2023 in Berlin und das sogar mit der ersten Startwelle - also den Weltbesten. In der Einzelwertung erreichte Dean Sauthoff (PD BS) den 1. Platz, gefolgt von Steffen Brinker (PD BS) und auf dem 4. Platz Alexander Hasselbach (PA NI). Christian Kalinowski (PD GÖ) vervollständigte die Mannschaft, die im Team Deutscher Polizeimeister wurde.



28. September – Landespolizeimeisterschaften im Waldlauf der Hansestadt Bremen

Als Gastläufer durften auch Kollegen der Niedersächsischen Polizei am traditionellen Waldlauf am Burgwallstadion in Bremen teilnehmen. Auf der Strecke über 5.000 m erzielte der Kollege André Rochell (ZPD NI) sogar den 1. Platz in der Gästewertung.



Sie sind Betroffene/r von häuslicher oder sexueller Gewalt?

SPUREN SICHERN – BEVOR SIE NICHT MEHR SICHTBAR SIND!

Hilfe bei häuslicher oder sexueller Gewalt: Wir dokumentieren die Beweise – damit Sie später über eine Anzeige entscheiden können.

Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.probeweis.de



Netzwerk ProBeweis



netzwerkprobeweis

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

